RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

Das Ressort Äusseres unternahm wie im Vorjahr, zusammen mit der Verfolgung von anderen Schwerpunkten und der Federführung bei diesen, eine Reihe von Aktivitäten zur Wahrung der Interessen des Finanzplatzes und der aussenpolitischen Wirtschaftsinteressen und widmete der internationalen Terrorismusbekämpfung grosse Aufmerksamkeit. Zu diesem Zweck unternahm die Ressortinhaberin mehrere Dienstreisen zu Besprechungen auf bilateraler Ebene und zur Wahrnehmung der liechtensteinischen Interessen in internationalen Organisationen. Neben der Ressortinhaberin waren das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die diplomatischen Vertretungen Liechtensteins im Ausland stark mit der Umsetzung von Massnahmen in diesen Schwerpunktthemen befasst und leisteten anderen Ressorts und Amtsstellen regelmässige und intensive Unterstützung.

Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses konnte Liechtenstein im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung an «Schengen» und «Dublin» im Berichtsjahr nur geringe Fortschritte erzielen. Aufgrund Verzögerungen seitens der EU konnte die Unterzeichnung erst am 28. Februar 2008 stattfinden.

Im Bereich der Menschenrechte, der weiterhin eine hohe Priorität in den aussenpolitischen Zielsetzungen der Regierung darstellt, erfolgte die aktive Mitarbeit in den internationalen Organisationen und im Rahmen relevanter Abkommen. Als neues Gremium ist der UNO-Menschenrechtsrat in Genf zu erwähnen. Die Tätigkeiten im Rahmen der internationalen humanitären Zusammenarbeit (IHZ), welche sich aus der internationalen Nothilfe, der bilateralen und mulilateralen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Wiederaufbauhilfe zusammensetzt, wurden auch in diesem Berichtsjahr gemäss Zielsetzungen der Regierung weiter verstärkt. Das neue Gesetz über die humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung trat im Juni in Kraft.

Die bilateralen Beziehungen zur Schweiz und zu Österreich sowie zu Deutschland und den USA wurden weiter gepflegt und vertieft. Es fanden diverse Treffen auf hoher Ebene, aber auch zwischen Beamten und Experten statt. Die Pflege der bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten kam durch Besuche im Ausland und aus dem Ausland zum Ausdruck. Per Ende 2007 sind 73 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen in Liechtenstein vertreten. Es sind zudem 6 Berufskonsularbeamte und 26 Honorarkonsularbeamte in Liechtenstein bestallt.

Das Ressort Äusseres befasste sich weiter mit der Verstärkung der konsularischen Präsenz Liechtensteins im Ausland. So konnten zwei Honorarkonsularvertretungen in den USA, nämlich in Macon, Georgia, und in Los Angeles, Kalifornien, errichtet werden.

Die Eingliederung des Protokolls ins Ressort Äusseres konnte abgeschlossen werden. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten verfasste einen Bericht über das erste Jahr der engeren Zusammenarbeit.

Der Bericht betreffend die Ziele und Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik wurde vom Landtag am 22. Juni 2007 behandelt. Er gelangt im Frühjahr 2008 zur Veröffentlichung in der Schriftenreihe der Regierung.

Europäische Integration und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Übereinkommen über die Beteiligung Bulgariens und Rumäniens am EWR

Nach Abschluss der Verhandlungen über die EWR-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien konnten die entsprechenden Vertragstexte am 25. Juli in Brüssel unterzeichnet werden. Das Erweiterungsabkommen wird seit 1. August 2007 vorläufig angewendet. Mit der Erweiterung hat Liechtenstein bis April 2009 eine zusätzliche finanzielle Verpflichtung für den EWR-Finanzmechanismus in der Höhe von 730 000 Euro übernommen.

Betrugsübereinkommen

Auf Wunsch der EU wurden im Berichtsjahr Verhandlungen über den Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten aufgenommen. Die vorgesehene Zusammenarbeit soll die finanziellen Interessen der Vertragspartner insbesondere im Bereich der öffentlichen Abgaben schützen, wobei sowohl indirekte als auch direkte Steuern betroffen sind.

Schengen und Dublin

Bei der Vorbereitung der Assoziation Liechtensteins zum Rechtsbestand von «Schengen» und «Dublin» konnten wegen Verzögerungen auf EU-Seite nur geringe Fortschritte erzielt werden. Erst Ende des Berichtsjahrs konnte die Unterzeichnung auf Anfang 2008 terminiert werden. Im Berichtsjahr führten Liechtenstein und die Schweiz Verhandlungen über den Abschluss eines Rahmenvertrags betreffend die künftige Zusammenarbeit in den Bereichen Visum, Einreise, Aufenthalt und polizeiliche Zusammenarbeit an der Grenze. Die neuen zwischenstaatlichen Regelungen sollen der angestrebten Assoziierung der Schweiz und Liechtensteins an «Schengen» und «Dublin» Rechnung tragen und gleichzeitig die bestehenden bilateralen Regelungen konsolidieren.

Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Während der ersten sechs Monate des Berichtsjahrs hatte Liechtenstein den EFTA/EWR-Vorsitz inne. Die teils blockierten Verhandlungen betreffend die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in den EWR führte zu generellen Verzögerungen in der EWR-Zusammenarbeit. So konnten die Unionsbürgerschaftsrichtlinie sowie

die Richtlinie zur Reduktion des CO2-Ausstosses erst im zweiten Halbjahr verabschiedet werden.

Die Verhandlungen über ein Protokoll für den Beitritt Liechtensteins zum Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der EU konnten abgeschlossen werden. Das Abkommen ist bereits in Kraft.

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit der EU war aber auch auf anderen Gebieten intensiv. So beteiligte sich Liechtenstein regelmässig an einem Dialog über allgemeine aussenpolitische Fragen mit der EU und nahm auch an einer Reihe von Treffen auf Regierungsebene teil. So auch an den Treffen des EWR-Rates, an welchen Regierungsrätin Rita Kieber-Beck Liechtenstein vertrat. In Vertretung von Regierungschef Otmar Hasler nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am «Gipfeltreffen EU-Afrika» vom 8. und 9. Dezember in Lissabon teil. Liechtenstein war wie die anderen EFTA-Staaten als Beobachter eingeladen.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Liechtenstein hatte im ersten Halbjahr 2007 den EFTA-Vorsitz in Genf inne und richtete vom 28. – 29. Juni zum dritten Mal nach 2001 und 2005 ein EFTA-Ministertreffen in Vaduz aus. Das Ministertreffen wurde von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck geleitet. Anlässlich des Treffens konnte der Abschluss der Freihandelsverhandlungen mit Kanada unterzeichnet werden. Zudem wurde eine Zusammenarbeitserklärung zwischen den EFTA-Staaten und der Mongolei unterzeichnet.

Im Januar trat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Libanon in Kraft. Das im Januar unterzeichnete Freihandelsabkommen mit Ägypten trat am 1. August in Kraft. Beide Freihandelsabkommen sollen namhafte Vorteile für die liechtensteinische Wirtschaft bringen.

Verhandlungen über Freihandelsabkommen konnten im Berichtsjahr mit Algerien, Kolumbien und Peru aufgenommen werden. Eine vierte Verhandlungsrunde fand zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten des Golfkooperationsrates (GCC) in Riad statt. Ein Verständigungsprotokoll bezüglich der Schaffung einer gemeinsamen Studiengruppe EFTA-Russland konnte im Dezember unterzeichnet werden.

Der strategische Schwerpunkt der EFTA-Staaten liegt neu in Asien. Mit Indonesien konnte eine gemeinsame Arbeitsgruppe «Handel und Investitionen» geschaffen werden, während die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen noch nicht umgesetzt werden konnte. Auch mit Indien konnten die EFTA-Staaten sich auf eine gemeinsame Machbarkeitstudie über den Abschluss eines Freihandelsabkommen einigen. Weitere Hauptzielländer sind Japan und China. Mit Malaysia gab es Kontakte betreffend eine Machbarkeitsstudie. Mit Pakistan fand ein Informationstreffen statt. Informelle Treffen fanden des weiteren mit der Ukraine und Serbien statt.

Neben dem Abschluss neuer Abkommen wurden auch im Berichtsjahr die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiterentwickelt.

Welthandelsorganisation (WTO)

Die laufende Doha-Welthandelsrunde stand auch im Berichtsjahr wieder im Mittelpunkt der Arbeiten in der WTO. Nach einer Suspendierung der im Jahr 2001 lancierten Welthandelsliberalisierungsrunde 2006 konnten die Verhandlungen im Berichtsjahr wieder aufgenommen werden. Liechtenstein versucht, im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten zum Erfolg der Doha-Runde beizutragen und hat aufgrund von Forderungen anderer WTO-Mitgliedsstaaten weitere Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich angeboten.

Mit der Aufnahme von Tonga zählt die WTO im Berichtsjahr 151 Mitglieder.

Europarat

An der 117. Session des Ministerkomitees, welche vom 10.–11. Mai unter dem Vorsitz von San Marino in Strassburg stattfand, stand wiederum die Umsetzung der Beschlüsse des 3. Gipfeltreffens des Europarates 2005 in Warschau im Mittelpunkt. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm an der 117. Session teil. Die Ministerinnen und Minister begrüssten die verstärkte Zusammenarbeit des Europarates mit der EU in Form einer Partnerschaftsvereinbarung und die diesbezügliche Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding. Zudem wurden die Stärkung des Systems zum Schutz der Menschenrechte, die Arbeiten zum interkulturellen Dialog sowie die Fortschritte bei der Strukturreform der Organisation erörtert. Anlässlich der 117. Ministersession konnte die Republik Montenegro als 47. Mitgliedsstaat in den Europarat aufgenommen werden.

Vom 5. – 9. Februar hielt sich eine Delegation des Anti-Folter-Ausschusses (CPT) des Europarats in Liechtenstein auf. Wie schon 1993 und 1999 führte die Delegation Gespräche mit den zuständigen Ressortinhabern, Amtsleitern und Beamten und inspizierte unter anderem das Gefängnis, den Sicherheitsraum im Spital Vaduz sowie den Grenzposten in Schaanwald. Der Bericht des Ausschusses wird 2008 erscheinen. Eine Berichterstatterdelegation der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) weilte vom 25. – 27. September in Liechtenstein. Sie traf sich mit Vertreterinnen und Vertretern der Amtsstellen, um sich bei offiziellen Stellen und NGOs Informationen für den 3. Bericht über Liechtenstein zu beschaffen. Der 3. Bericht wird sich vor allem mit dem Fortschritt befassen, den Liechtenstein auf dem Gebiet der Rassismusbekämpfung und der Integration von Ausländerinnen und Ausländern seit dem 2. Bericht im Jahr 2002 gemacht hat. Er wird aber auch festhalten, inwieweit Liechtenstein die Empfehlungen der ECRI von 2002 umgesetzt hat. Der dritte Bericht wird voraussichtlich Mitte 2008 erscheinen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg leidet nach wie vor an Arbeitsüberlastung. Im Berichtsjahr gingen 41700 neue Beschwerden ein, 6% mehr als im Vorjahr. Gegen Liechtenstein waren im Berichtsjahr fünf Beschwerden anhängig, wovon drei als

unzulässig abgewiesen wurden. Es ergingen keine Urteile gegen Liechtenstein.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
Die OSZE stand im Berichtsjahr unter dem Vorsitz Spaniens. Somit setzte sich die OSZE-Führungstroika aus den OSZE-Teilnehmerstaaten Belgien, Spanien und Finnland zusammen. Die Zusammenarbeit Liechtensteins war schwerpunktmässig auf institutionelle Fragen, die Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens sowie den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet.

Das zentrale Ereignis in der OSZE war der 15. Ministerrat, der vom 29. – 30. November in Madrid abgehalten wurde. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck leitete die liechtensteinische Delegation. Die Ministerinnen und Minister fassten Beschlüsse in den Bereichen Sicherheitskooperation, OSZE-Engagement in Afghanistan, Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung des Menschenhandels, sexuelle Ausbeutung von Kindern und Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in New York
Das starke Engagement Liechtensteins zu völkerrechtlichen Themen fand im Berichtsjahr einen neuen Höhepunkt: Im Dezember wählte die Versammlung der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs den Ständigen Vertreter Liechtensteins bei der UNO in New York zum Präsidenten für die nächsten drei Jahre. Ausserdem behält der Ständige Vertreter den Vorsitz in der Sonderarbeitsgruppe zur Definition des Verbrechens der Aggression. Liechtenstein beteiligte sich erneut aktiv an den Verhandlungen über eine umfassende Terrorismus-Konvention, welche seit längerer Zeit aufgrund der problematischen Definition von Terrorismus blockiert sind.

Die Bemühungen im Bereich der UNO-Reform wurden weitergeführt. Liechtenstein wurde gemeinsam mit Chile beauftragt, einen Bericht zur Erweiterung des Sicherheitsrates auszuarbeiten. Der Bericht wurde sehr positiv aufgenommen.

Im Berichtsjahr konnte im Rahmen des Engagements für die Menschenrechte der 2. und 3. Länderbericht Liechtensteins vor dem Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau in New York vorgestellt werden.

Im Rahmen der finanzplatzrelevanten Themen setzte sich die liechtensteinische Vertretung insbesondere für die Wahrung der Verfahrensrechte von Personen ein, die vom Sicherheitsrat auf Sanktionenlisten gesetzt wurden.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm im September an der Generaldebatte der 62. Session der UNO-Generalversammlung in New York teil, die unter dem Zeichen des Klimawandels stand. Am UNO-Klimagipfel vom September in New York vertrat Regierungschef Otmar Hasler Liechtenstein.

Die Generalversammlung wählte Liechtenstein für das Jahr 2008 erstmals in den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC). Der ECOSOC ist eines der sechs UNO-Hauptorgane. Zu seinen Aufgaben gehört die internationale Zusammenarbeit zur Förderung des Fortschritts auf dem wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Erziehung sowie der Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Genf
Nach der Schaffung des Menschenrechtsrates im Jahr 2006 umfasste die Betreuung desselben im Berichtsjahr die zentrale Tätigkeit der Mission in Genf im Rahmen der Mitarbeit bei der UNO. Eine Mitarbeiterin war hauptsächlich in diesem Bereich tätig und wurde während den drei Sessionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mission New York oder des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt. In der ersten Jahreshälfte befand der Rat vor allem über seine künftige Tagesordnung, Kompetenzen und Arbeitsmethoden sowie die Modalitäten eines Mechanismus zur Beurteilung der Menschenrechtslage in allen UNO-Mitgliedsländern. Ausserdem wurden das Individualbeschwerdeverfahren und der Expertenausschuss reformiert.

Im Rahmen der Umsetzung von internationalen Menschenschenrechtsübereinkommen, bei denen Liechtenstein Vertragsstaat ist, wurde im Berichtsjahr der 2. und 3. Bericht Liechtensteins zum Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung vor dem betreffenden UNO-Ausschuss in Genf vorgestellt.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Wien
Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) verlief im Berichtsjahr im gewohnten Rahmen. Zu Beginn des Berichtsjahrs fand ein trilaterales Treffen zur Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen Liechtenstein und der IAEO über die Anwendung von Sicherheitsmassnahmen im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen statt.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Gesetz über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZEG)
Die neue Gesetzesgrundlage trat am 29. Juni 2007 in Kraft. Für die Verwendung der Mittel sind neben dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED), das Ausländer- und Passamt sowie das Amt für Wald, Natur und Landschaft zuständig. Gemeinsam haben die verschiedenen Akteure im Berichtsjahr an der Formulierung von konkreten Strategien für die verschiedenen Kategorien der IHZE, das sind die Not- und Wiederaufbauhilfe, die Internationale

Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie die multilaterale und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, gearbeitet. Ebenfalls in Vorbereitung befindet sich die Einsetzung der im Gesetz vorgesehenen Kommission für Entwicklungspolitik.

Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Bereich der IHZE

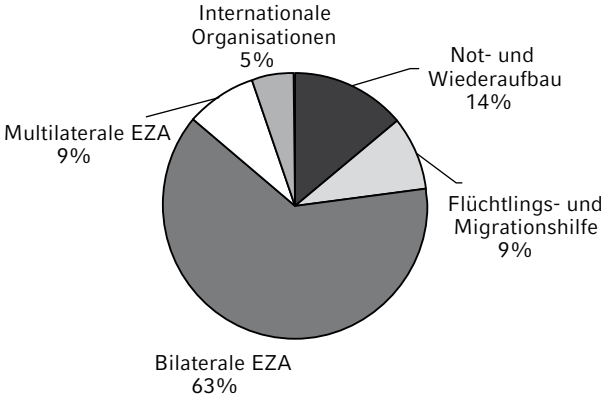
Im Berichtsjahr konnten sowohl mit der Schweiz als auch mit Österreich bilaterale Abkommen über die Zusammenarbeit im humanitären Bereich geschlossen werden. Bereits vorher finanzierte Liechtenstein Projekte der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA bzw. der «Austrian Development Agency» ADA. Mit den Abkommen wird die langjährige Partnerschaft jedoch systematisiert und langfristig ausgerichtet. Jährlich budgetiert die Regierung einen spezifischen Betrag für Projekte dieser beiden Partner.

Ein bilaterales Abkommen wird auch mit der Republik Moldau angestrebt. Die Moldau ist seit zwei Jahren ein Schwerpunktsland des LED. Das Abkommen wurde im August 2007 unterzeichnet und muss für das Inkrafttreten noch vom moldauischen Parlament beschlossen werden. Weiter fand im Berichtsjahr ein Informationsaustausch mit einer Delegation des monegassischen Aussenministeriums in Liechtenstein statt. Auch mit Luxemburg besteht seit ein paar Jahren ein regelmässiger Kontakt und Erfahrungsaustausch, insbesondere im Bereich Microfinance.

Mittelverwendung

Die Regierung hat im Berichtsjahr CHF 21.57 Mio. für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung aufgewendet. Der provisorische Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gemäss OECD-Kriterien, zu dem auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung im Inland angerechnet werden, beträgt CHF 21.56 Mio. Mit der Veröffentlichung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 2005 konnte auch der definitive ODA-Prozentsatz 2005 berechnet werden: er beträgt 0.45 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Im Vergleich mit den OECD-Ländern lag Liechtenstein damit im Jahr 2005 an 11. Stelle.

IHZE-Beiträge 2007 nach Kategorien



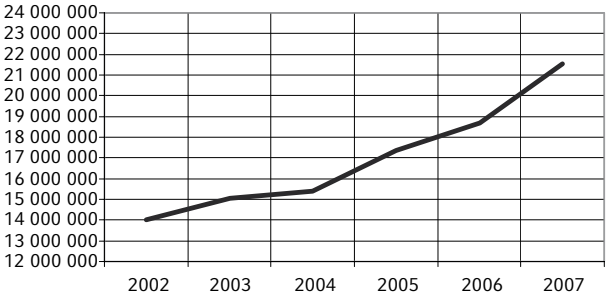
Secondments

Liechtenstein finanziert derzeit drei Stellen eines «Junior Professional Officers»: im UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf, dem UNO-Büro zur Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) in Wien sowie beim UNO-Beauftragten für Binnenvertriebene (OCHA/OHCHR) in New York. Während das Secondment beim UNHCR bereits seit einigen Jahren besteht, sind die anderen zwei im Berichtsjahr neu dazugekommen. Alle drei Stellen wurden 2007 neu ausgeschrieben und besetzt. Weiter stellte Liechtenstein auch einen Experten im Zuständigkeitsbereich Justiz und Polizei innerhalb des Stabilitätspakts für Südosteuropa.

Microfinance Initiative Liechtenstein MIL

Die von öffentlichen und privaten Institutionen (Liechtensteinischer Bankenverband, Hilti Familienstiftung, Medicor Foundation, Hochschule Liechtenstein, LED, Amt für Auswärtige Angelegenheiten) getragene Initiative hat im Berichtsjahr auf verschiedenen Ebenen gearbeitet. Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit wurde ein Microfinance-Projekt in Peru gestartet. Ferner wurde von der Hochschule Liechtenstein ein Studie zu finanzpolitischen Aspekten von Microfinance durchgeführt. Auf dieser Grundlage wurde mit dem Aufbau eines optimalen Investment-Produkts begonnen. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fanden Informationsveranstaltungen statt, zudem wurde im Berichtsjahr die neue Internetseite www.microfinance.li aufgeschaltet.

Offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA)



Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

Jahr	BNE (in Mio. CHF)	ODA-anrechenbare Ausgaben	ODA-Prozentsatz
2000	4 112	13 451 090	0.327
2001	3 782	15 114 860	0.4
2002	3 698	14 010 065	0.379
2003	3 538	15 055 869	0.426
2004	3 553	15 395 590	0.433
2005	3 892	17 381 933	0.45
2006	Nicht bekannt	18 689 436	Nicht bekannt
2007	**Nicht bekannt**	**21 563 049**	**Nicht bekannt**

Umstrukturierung und Aussenpolitische Infrastruktur

Eingliederung der Stabsstelle Protokoll ins Ressort Äusseres

Gemäss Verordnung vom 21. April 2005 über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung wurde die Stabsstelle Protokoll, welche früher dem Ressort Präsidium angehörte, neu dem Ressort Äusseres zugeteilt. Seit dem 1. Januar 2007 ist das Protokoll keine eigene Stabsstelle mehr, sondern ist als Stabsstelle ins Amt für Auswärtige Angelegenheitern integriert. Im Berichtsjahr konnte die Eingliederung des Protokolls ins Amt für Auswärtige Angelegenheiten abgeschlossen werden. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten verfasste einen ausführlichen Bericht über das erste Jahr der Neukonstellation zu Handen der Regierung.

Verstärkung der konsularischen Präsenz Liechtensteins im Ausland

Im Rahmen des Grundsatzbeschlusses der Regierung, liechtensteinische Honorarkonsularvertretungen im Ausland, mit vorläufigem Schwerpunkt USA und Deutschland, zu errichten, konnten im Berichtsjahr im Beisein der Ressortinhaberin die beiden ersten Honorarkonsularvertretungen in den USA, nämlich in Macon, Georgia, und in Los Angeles, Kalifornien, eröffnet werden. Zwei weitere Honorarkonsularvertretungen in Deutschland, in München und Frankfurt, sind in Planung. Das bisherige Modell der Vertretung Liechtensteins im diplomatischen und konsularischen Bereich durch die Schweiz soll aber grundsätzlich unangetastet bleiben.

Bericht betreffend die Ziele und Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik

Der Bericht über die Ziele und Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik, welcher vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten im Auftrag des Ressorts Äusseres verfasst wurde, wurde vom Landtag am 22. Juni 2007 behandelt. Der Bericht wird im Frühjahr 2008 in Form einer Broschüre herausgegeben werden.

Besuche und Gespräche

Bilaterale Besuche und Gespräche in Liechtenstein

Am 12. Januar weilte auf Einladung der Regierung die Tiroler Landesregierung zu einem offiziellen Besuch in Liechtenstein. Neben einem Gedankenaustausch über die Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und Tirol stand eine Führung durch das Kunstmuseum und ein gemeinsames Abendessen auf dem Programm.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck lud am 27. Januar die kroatische Aussenministerin Kolinda Grabar-Kitarovic und die isländische Aussenministerin Valgerdur Sverrisdottir zu einem informellen «Frauen-Dreiergipfel» ein. Zwei Tage zuvor absolvierte Aussenministerin Sverrisdottir bereits einen Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Am 29. Januar folgte ein Besuch der kroatischen Aussenministerin. Dabei wurde unter anderem über europäische Integrationsfragen gesprochen.

Die schweizerische Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey stattete am 21. März Liechtenstein einen offiziellen Arbeitsbesuch ab. Nach dem Mittagessen auf Schloss Vaduz folgte ein Arbeitsgespräch der Bundespräsidentin mit Regierungschef Otmar Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, bei welchem ein Gedankenaustausch über die jeweilige Zusammenarbeit der beiden Länder mit der Europäischen Union, insbesondere die Assoziierung beider Staaten an Schengen und Dublin, die Betrugsbekämpfung sowie über Fragen der Unternehmensbesteuerung stattfand.

Am 27. und 28. März weilte der lettische Aussenminister, Artis Pabriks, auf Einladung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zu einem bilateralen Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Es kamen vor allem aktuelle Fragen der europäischen Integration und einer verstärkten bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit zur Sprache. Es folgte ein Höflichkeitsbesuch bei S.D. Erbprinz Alois und Regierungschef Otmar Hasler. Das EM-Qualifikationsfussballspiel Liechtenstein gegen Lettland im Rheinpark Stadion Vaduz bildete den Abschluss des Besuchsprogramms.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Aussenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, war am 2. April in Liechtenstein. Neben einem Höflichkeitsbesuch bei S.D. Erbprinz Alois und Regierungschef Otmar Hasler stand ein Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck auf dem Programm, bei welchem vor allem Fragen rund um die

Europäische Integration besprochen wurden. Anschliessend hielt Frau Benita Ferrero-Waldner einen Vortrag zum Thema «Aktuelle Themen der EU-Aussenpolitik».

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck lancierte eine Vortragsreihe unter dem Titel «Aussenpolitik und Aussenwirtschaft der Zukunft». Neben Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Aussenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik referierten Prof. Thomas Cottier, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern, Kare Bryn, EFTA-Generalsekretär, Joseph Deiss, Alt-Bundesrat, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus sowie Botschafter Norbert Frick.

Der neue Landesstatthalter von Vorarlberg, Markus Wallner, stattete am 12. April seinen Antrittsbesuch in Liechtenstein ab. Er traf mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Regierungsrat Martin Meyer zusammen.

Am 20. April besuchte Johan-Adolf Cohausz, Vortragender Legationsrat Erster Klasse und Referatsleiter im Auswärtigen Amt in Berlin, Liechtenstein. Das Referat unter seiner Leitung ist zuständig für die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den EFTA-Staaten sowie für den Europarat und Koordinationsaufgaben im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt. Referatsleiter Cohausz informierte über die Ziele der deutschen EU-Ratspräsidentenschaft und die Beziehungen der EU zu den EFTA-Ländern und Nachbarstaaten aus Sicht der Bundesrepublik. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck leitete das Gespräch, an welchem auch die S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein und S.D. Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein sowie Amtsleiter Roland Marxer teilnahmen. Referatsleiter Cohausz stattete Regierungschef Otmar Hasler einen Höflichkeitsbesuch ab.

Die Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes besuchten am 27. und 28. April Liechtenstein. Den Auftakt des Besuchprogramms bildete ein Empfang durch S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz. Es folgten Informationsgespräche zu liechtensteinischen Themen, eine Besichtigung des Liechtenstein-Instituts in Bendern sowie ein Mittagessen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Amtsleiter Roland Marxer mit anschliessendem Gedankenaustausch. Das Programm wurde umrahmt mit Besuchen im Liechtensteinischem Landesmuseum und im Kunstmuseum Liechtenstein.

Der österreichische Bundeskanzler Alfred Gusenbauer stattete am 17. Mai Liechtenstein einen Besuch ab. Zu einem Arbeitsgespräch traf er sich mit Regierungschef Otmar Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher sowie Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Es folgte ein Arbeitsessen mit ranghohen Vertretern der liechtensteinischen Politik, der Besuch des Kunstmuseums und des Schwurplatzes in Bendern sowie ein Zusammentreffen mit in Liechtenstein lebenden und arbeitenden Auslandsösterreichern.

Auf Einladung des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten führte der Leiter der Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein, Botschafter Michael Reiterer, am 21. und 22. Mai eine Reihe von Arbeitsgesprächen in Liechtenstein, um das Land allgemein, dessen Positionierung im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums beziehungsweise der europäischen Integration und diverse Themen zum Finanzplatz näher kennen zu lernen. Vor der Vereinigung des Consularischen Corps im Fürstentum Liechtenstein hielt er einen Vortrag über aktuelle Themen aus seinem Aufgabenbereich.

Der südafrikanische Minister für Handel und Industrie, Mandisi Mabuto Bongani Mpahlwa, weilte vom 3. bis 4. Juni in Liechtenstein. Mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck sprach er über das EFTA-Freihandelsabkommen mit den SACU-Staaten. Anschliessend besuchte Herr Mpahlwa das liechtensteinische Softwarehaus Procos und eine liechtensteinische Bank.

Am 11. Juni hielt Professor Albert Stahel von der Universität Zürich einen Vortrag in Vaduz zum Thema «Afghanistan zwischen Krieg und Frieden». Weitere Referenten waren die afghanischen Parlamentsabgeordneten Pair Sayed Ishaq Gailani und Amanualla Paimann. Danach folgte ein Abendessen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck.

Die liechtensteinische Regierung lud am 13. Juni die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter zu einem Informationstag in den Vaduzer Saal ein. Sie vermittelte vertiefte Informationen über verschiedene liechtensteinische Themen und organisierte Besuche in heimischen Unternehmen und bei kulturellen Einrichtungen.

Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika für das Fürstentum Liechtenstein mit Sitz in Bern, Peter R. Coneway, weilte am 17. und 18. Juni auf Einladung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zu Arbeitsgesprächen in Liechtenstein. Im Vordergrund standen die aktuellen Themen der liechtensteinischen Politik, die Beziehungen Liechtensteins zu den USA und insbesondere die Agenden des Finanzplatzes Liechtenstein.

Am 28. und 29. Juni fand unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck das 18. ordentliche EFTA-Ministertreffen in Vaduz statt. Diskutiert wurden die EFTA-Drittlandbeziehungen sowie Entwicklungen und Aussichten im Rahmen des EWR-Abkommens bzw. der bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU. Die Vertreterinnen und Vertreter der EFTA-Staaten unterzeichneten mit dem mongolischen Minister Davaadorj Tseren eine Zusammenarbeitserklärung und würdigten mit dem kanadischen Parlamentssekretär Ted Menzies den Abschluss der Freihandelsverhandlungen mit Kanada.

Die Friedensorganisation «Nagasaki High School Peace Messengers» besuchte am 25. August erstmals Liechtenstein. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck empfing die Gäste aus Japan, um mit ihnen über Friedensförderung und unbewaffnete Neutralität zu diskutieren. Ein Mittagessen und ein Besuch im Kunstmuseum bildeten den Abschluss des Besuches.

Vom 9. bis 10. September weilte der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus mit einer Wirtschaftsdelegation

in Vaduz. Nach einer Diskussionsrunde in der Hoval AG stattete Ministerpräsident Althaus und der in Liechtenstein akkreditierte Botschafter Deutschlands, Andreas von Stechow, einen Höflichkeitsbesuch bei S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz ab. Die Delegation besichtigte die Firma Ivoclar-Vivadent in Schaan.

Anlässlich des «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets» am 4. Oktober besuchte die andorranische Aussenministerin Meritxell Mateu Liechtenstein. Im Vorfeld der Konferenz traf sie Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zu einem Arbeitsgespräch, um vor allem europäische Themen zu diskutieren. Es folgte ein Höflichkeitsbesuch bei S.D. Erbprinz Alois und Regierungschef Otmar Hasler.

Am 8. Oktober traf Regierungsrätin Rita Kieber-Beck die EFTA-Indien-Studiengruppe in Liechtenstein zum Abendessen. Die Gruppe führt eine Machbarkeitsstudie zu einem möglichen Freihandelsabkommen EFTA-Indien durch. Die Regierungsrätin begründete in ihrer Ansprache das grosse Interesse Liechtensteins an vertieften wirtschaftlichen Beziehungen mit Indien.

Vom 18. bis 19. Oktober besuchte die isländische Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Porgerdur Katrin Gunnarsdottir, Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher. S.D. Erbprinz Alois empfing die Ministerin zu einem Gedankenaustausch auf Schloss Vaduz. In einem Gespräch mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck konnten verschiedene Themen und Bereiche der Kultur und Kulturaussenpolitik erörtert werden. Beide Ministerinnen haben ein grosses Interesse an einem gemeinsamen Kulturaustausch und konkrete Projekte wurden bereits diskutiert.

Der Präsident der Caritas Österreich, Franz Küberl, besuchte am 18. Oktober Liechtenstein und traf sich mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Regierungsrat Martin Meyer zu einem Gespräch.

Der kolumbianische Minister für Industrie und Tourismus, Luis Guillermo Plata, hielt sich am 24. Oktober für einen Arbeitsbesuch in Liechtenstein auf. Er traf mit Regierungsrätin Kieber-Beck zu einem Gespräch zusammen. Nach einem Höflichkeitsbesuch bei S.D. Erbprinz Alois besichtigte der Minister ein liechtensteinisches Industrieunternehmen sowie die Fürstliche Hofkellerei.

Auf Einladung von S.D. Erbprinz Alois kamen am 29. Oktober auf Schloss Vaduz die Staatsoberhäupter aus Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz zu einem informellen Arbeitsgespräch zusammen.

Rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Direktion für Völkerrecht im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) besuchten am 31. Oktober Liechtenstein. Unter den Gästen befanden sich der in Liechtenstein akkreditierte Botschafter der Schweiz, Paul Seger, und der Chef der Sektion Landesgrenzen und Nachbarrecht, Othmar Bühler. Nach einem Empfang durch S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz folgte ein von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck offeriertes Mittagessen.

Der Minister für Wirtschaft, Aussenhandel und Sport des Grossherzogtums Luxemburg, Jeannot Krecké, besuchte am 5. und 6. Dezember Liechtenstein. Neben einem Arbeitsgespräch mit Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher gab es ein Zusammentreffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Nach einem Höflichkeitsbesuch bei Regierungschef Otmar Hasler und S.D. Erbprinz Alois folgte die Besichtigung eines liechtensteinischen Industrieunternehmens sowie des Liechtenstein-Instituts in Bendern.

Am 6. Dezember trafen die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen von Ägypten, Bosnien und Herzegowina, Indonesien, Kolumbien, Kuba, Pakistan und den Philippinen Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zu einem Arbeitsmittagessen. Anschliessend statteten die Botschafterinnen dem Heilpädagogischen Zentrum einen Besuch ab.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Am 27. Januar führten die Ministerinnen und Minister der EFTA-Staaten am Rande des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos Gespräche mit verschiedenen Vertretern der EFTA-Partnerstaaten. Unter der Leitung der EFTA-Ministerratsvorsitzenden Regierungsrätin Rita Kieber-Beck wurde das Freihandelsabkommen EFTA-Ägypten von den vier EFTA-Staaten und vom ägyptischen Minister für Handel und Industrie, Rachid Mohamed Rachid, unterzeichnet. Die EFTA-Minister und –Ministerinnen trafen auch mit der indonesischen Handelsministerin Mari Elka Pangestu zusammen.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck weilte vom 28. Februar bis 1. März mit einer Delegation in London. Auf dem Programm standen zahlreiche hochrangige Treffen mit Vertretern des öffentlichen Lebens und der Privatwirtschaft, unter anderem dem britischen Europaminister, Geoff Hoon. Schwerpunkt der Gespräche war der liechtensteinische Finanzplatz.

Am 12. März nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck an der Hauptsession des Menschenrechtsrates in Genf teil. Sie nutzte den Aufenthalt für einen Gedankenaustausch mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Jakob Kellenberger, über Entwicklungen im humanitären Bereich und die Zusammenarbeit Liechtensteins mit dem IKRK.

Gemeinsam mit Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Aussenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, eröffnete Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 3. April die Räumlichkeiten der neuen Delegation der EU-Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein in Bern.

Vom 10. bis 11. Mai fand in Strassburg die 117. Ministersession des Europarats statt. Bei dieser Gelegenheit führte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ein bilaterales Gespräch mit der Vize-Aussenministerin der Republik Moldau, Eugenia Kistruga. Nachdem der Liechtensteinische Entwicklungsdienst LED die Republik Moldau als

Schwerpunktland in Osteuropa ausgewählt hat, bemühte sich die liechtensteinische Regierung um den Abschluss eines bilateralen Übereinkommens im Bereich der humanitären Hilfe und der technischen Zusammenarbeit. Der Vertrag wurde im August in Brüssel unterzeichnet, es ist am 13. März 2008 in Kraft getreten.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm am 15. Mai als Vorsitzende seitens der drei beteiligten EFTA-Staaten am EWR-Rat in Brüssel teil. Neben dem Funktionieren des EWR kamen auch andere Themen wie Energie und Umwelt zur Sprache. Vor dem formellen Ratstreffen hatten sich die Aussenminister und Aussenministerinnen mit Vertretern der deutschen Ratspräsidentschaft, der nachfolgenden, portugiesischen Ratspräsidentschaft und des EU-Rates sowie der zuständigen EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner zu einem politischen Dialog getroffen.

Zur Einweihung der zwei ersten liechtensteinischen Honorarkonsulate reiste Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Begleitung von Amtsleiter Roland Marxer vom 8. bis 12. Juli in die USA. Sowohl in Macon, Georgia, als auch in Los Angeles, Kalifornien, wurde die Eröffnung umrahmt von einem Kulturprogramm und Treffen mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Medien. An der Los Angeles Andersen School of Business, University of California, sprach die Regierungsrätin zu Mitgliedern der Fakultät und Studenten über Liechtenstein als Industriestandort und Finanzplatz.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck war am 26. August Gastgeberin für geladene Gäste, welche an der Eröffnung der Politischen Gespräche des Europäischen Forums Alpbach in Tirol teilnahmen. Darunter befanden sich die österreichische Aussenministerin Ursula Plassnik, der costaricanische Aussenminister Bruno Storno Ugarte, der österreichische Staatssekretär Hans Winkler, der österreichische Botschafter bei der EU, Hans Dietmar Schweisgut, Botschafter Michael Linhart, damaliger Geschäftsführer der Austrian Development Agency (ADA), dem Unternehmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Aussenministerium, und eine Reihe von Vertretern der Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates, die am gleichen Tag ein Treffen in Alpbach abhielten. Die Politischen Gespräche standen unter dem Thema «Europa als globaler Akteur».

Auf Einladung des slowenischen Aussenministers Dimitrij Rupel nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 27. August am Strategischen Forum in Bled, Slowenien, teil. Dort diskutierte sie mit dem mazedonischen Aussenminister, Antonio Milososki, in einem bilateralen Gespräch die wirtschaftlichen Ziele und Perspektiven der jeweiligen Ländern. Auf der Rückreise von Bled traf sich die Regierungsrätin in Wien mit der österreichischen Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, Claudia Schmied. Es wurden Fragen des Interkulturellen Dialogs, des Künstler- und des Kunstaustausches sowie der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes besprochen. Bei einem Arbeitsmittagessen mit der EU-Sonderbeauftragen für das Europäische Jahr 2008 zum Interkulturellen Dialog, Beate Winkler, informierte diese in Anwesenheit von Generalsekretär Hans Kyrle und dem in Liechtenstein akkreditierten österreichischen Botschafter Herbert Kraus über ihre frühere Tätigkeit als EU-Sonderbeauftragte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm am 3. und 4. September in Weimar an einem zweitätigen Treffen mit den Innenministern Deutschlands und Österreichs sowie der Schweiz teil. Im Zentrum der Gespräche standen vor allem sicherheitspolitische Themen wie Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität.

Am 12. September besuchte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Dänemark den Aussenminister Per Stig Möller sowie den Kultur- und Sportminister Brian Mikkelsen. Besprochen wurden die Verhandlungen zwischen Liechtenstein und der EU betreffend Schengen/Dublin sowie die Kulturpolitiken beider Länder. Danach verfolgte die Regierungsrätin das Fussballspiel zwischen Liechtenstein und Dänemark in Aarhus, wo sie anschliessend vom Bürgermeister im Rathaus empfangen wurde.

Vom 17. bis 19. September leistete das Erbprinzenpaar der Einladung des rumänischen Staatsoberhauptes, Präsident Drajan Basescu, Folge. Es war der erste Besuch des Erbprinzenpaares in Rumänien und er diente der Vertiefung der Beziehungen zwischen Rumänien und Liechtenstein. Während dem Arbeitsgespräch tauschten die beiden Staatsoberhäupter Informationen zu einer Reihe von Fragen zur europäischen Integration, der europäischen Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung aus. Während dem Aufenthalt machte sich das Erbprinzenpaar auch mit kulturellen und sozialen Einrichtungen des Landes vertraut.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck reiste am 25. September nach Washington, wo sie sich mit Mitgliedern des Kongresses und hohen Beamten des Aussenministeriums traf. An der George Washington Universität und an der Johns Hopkins Universität sprach die Regierungsrätin über die Bedeutung der multilateralen Zusammenarbeit und das diesbezügliche liechtensteinische Engagement. Im Rahmen eines Abendessens traf sie den designierten OSZE-Hochkommissar für nationale Minderheiten und bisherigen norwegischen Botschafter in Washington, Knut Vollebaek.

Vom 28. September bis 2. Oktober nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck an der Generaldebatte der UNO-Generalsversammlung in New York teil und nutzte den Aufenthalt für mehrere bilaterale Treffen. Zu den Gesprächspartnern gehörte der Präsident der UNO-Generalversammlung, Srgjan Kerim, die isländische Aussenministerin Ingibjörg Solrun Gisladottir, die andorranische Aussenministerin Meritxell Mateu, der Aussenminister Bosnien-Herzegowinas Sven Alkalaj und der Aussenminister Moldawiens, Andrei Stratan. Ebenfalls zum Programm gehörten ein Frühstückstreffen, zu dem die amerikanische Aussenministerin Condoleezza Rice einlud, und ein Abendessen in der liechtensteinischen Residenz

mit Aussenministerinnen anderer Länder. Beide Anlässe dienten dem Meinungsaustausch über Themen wie Stärkung der Frauenrechte.

Regierungschef Otmar Hasler reiste vom 8. bis 15. Oktober nach Kenia und Mozambique, um vor Ort die Projekte zu begutachten, die vom LED unterstützt werden. Dazu gehört der Aufbau eines Internetzugangs für Bauern, um Schädlinge identifizieren und bekämpfen zu können, sowie die Schulung von Gesundheitsaktivisten, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Vom 20. bis 23. Oktober reisten Amtsleiter Roland Marxer und weitere Mitglieder des ehemaligen Beratungs- und Koordinierungsausschusses Liechtenstein-Zweiter Weltkrieg zur Feier des 40jährigen Bestehens der Jerusalem Foundation und zur Eröffnung der Hand-in-Hand-Schule mit der von Liechtenstein finanzierten Bibliothek nach Israel.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck besuchte vom 5. bis 8. November Projekte, die von der Stiftung «Menschen für Menschen» (Karl-Heinz Böhm) in Äthiopien realisiert und betreut werden. Dazu gehört auch eine Schule nördlich der Hauptstadt Addis Abeba, welche von Liechtenstein finanziert wird.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm am 20. November am EWR-Rat in Brüssel teil. Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen den Ministern der EU und der EWR/EFTA-Staaten standen das Funktionieren des EWR und andere gemeinsam interessierende Themen.

Am 29. und 30. November fand das 15. Ministertreffen der 56 OSZE-Teilnehmerstaaten in Madrid statt. Der Ministerrat ist das politische Führungsorgan der OSZE, welches jeweils am Ende eines Vorsitzjahres Bilanz über die laufenden Aufgaben der Organisation zieht und Beschlüsse für zukünftige Aufgaben fällt. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck hat Liechtenstein beim OSZE-Ministerrat vertreten. Am Rande des Treffens führte die Aussenministerin bilaterale Gespräche mit den Vize-Aussenministern von Japan und Kasachstan.

Am 3. Dezember trafen sich in Genf die Ministerinnen und Minister der EFTA-Staaten unter dem Vorsitz des norwegischen Handels- und Industrieministers Dag Terje Andersen. Liechtenstein war an diesem Treffen durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten.

In Vertretung von Regierungschef Otmar Hasler nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am Gipfeltreffen EU-Afrika» vom 8. und 9. Dezember in Lissabon teil. Liechtenstein war wie die anderen EFTA-Staaten als Beobachter eingeladen. Beim Treffen der in Lissabon anwesenden Aussenministerinnen, das von der österreichischen Bundesministerin Ursula Plassnik organisiert wurde, nutzte die Regierungsrätin die Gelegenheit, sich über Themen zu informieren, die im Hinblick auf den in Lissabon vom Gipfeltreffen verabschiedeten Aktionsplan insbesondere aus der Sicht von Frauen in massgeblichen (aussen)politischen Funktionen von Relevanz sind. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck führte in Portugal auch Gespräche mit dem luxemburgischen Regierungschef Jean Claude Juncker, dem deutschen Aussenminister Frank-Walter Steinmeier und dem isländischen Staatssekretär Gretar Mar.

AMTSSTELLE

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter lic. rer. pol. Roland Marxer

Zu den dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten zugeteilten Aufgabenbereichen gehören insbesondere die Vorbereitung und Bearbeitung sämtlicher Regierungsgeschäfte in Bezug auf internationale Übereinkommen und Staatsverträge, bilaterale und multilaterale sowie europäische und internationale Zusammenarbeit, internationale Organisationen und Konferenzen sowie diplomatische und konsularische Beziehungen. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt dabei in der Erstellung der entsprechenden Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag. Das Amt arbeitete in allen Bereichen eng mit den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland zusammen und übernahm zahlreiche Koordinationsaufgaben in den diversen Bereichen der Landesverwaltung bei den in der Zuständigkeit der diplomatischen Vertretungen liegenden Themen.

Im Berichtsjahr nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes neben den ihnen zugeteilten Aufgaben im Amt unter anderem auch die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg, des Ständigen Vertreters bei der UNO, WTO und EFTA in Genf sowie weitere Aufgaben gemäss ihrer Zuteilung im Bereich der Aussenstellen wahr. Die Hauptbereiche der Tätigkeit des Amtsvorstandes und der diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes lagen in der bilateralen Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland sowie in der europäischen Zusammenarbeit [Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR,) Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Europäische Patentorganisation (EPO), Europäische Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)] und der internationalen Zusammenarbeit [Vereinte Nationen (UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT), internationale humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung]. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren auch in diesem Berichtsjahr wieder mit den Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen befasst und massgeblich für die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Übereinkommen verantwortlich. Sie beantworteten auch diverse Fragebogen der internationalen Organisationen.

Im bilateralen Bereich ist insbesondere der politische Dialog mit den beiden Nachbarländern zu erwähnen. So fand der politische Dialog mit Österreich am 29. August in Wien zum neunten Mal seit seiner Einführung 1999 statt. Der politische Dialog mit der Schweiz, welcher 2004 seinen Anfang nahm, wurde am 26.6. zum vierten Mal in Bern abgehalten. Das Instrument des politischen Dialogs dient dem Gedankenaustausch zwischen den Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und den Vertretern des österreichischen Aussenministeriums einerseits und den Vertretern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten andererseits. Des Weiteren wurden im bilateralen Bereich in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Protokoll zahlreiche Besuche im In- und Ausland vorbereitet und betreut sowie verschiedenste Anlässe organisiert und mitverfolgt. Insbesondere ist die Mitarbeit des Amtes bei der Betreuung der Ehrengäste zu erwähnen. Es wurden wie in den vergangenen Jahren diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreter durchgeführt. Diverse konsularische Fälle konnten mit Hilfe der Liechtensteinischen Botschaft in Bern und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gelöst werden. Das Amt bearbeitete zahlreiche Fragen aus dem In- und Ausland betreffend allgemeine Themen zu Liechtenstein sowie spezielle Themen zur liechtensteinischen Aussenpolitik und war in der Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Vertretern der Privatwirtschaft aktiv. Der Amtsvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten eine Reihe von Vorträgen zu Themen im Rahmen der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Auch in diesem Berichtsjahr war das Amt an den Verhandlungen und am Abschluss diverser bilateraler Abkommen beteiligt. Es wurden einige bilaterale Abkommen mit der Schweiz abgeschlossen bzw. traten in Kraft. Im Berichtsjahr führten Liechtenstein und die Schweiz Verhandlungen über den Abschluss eines Rahmenvertrags betreffend die künftige Zusammenarbeit in den Bereichen Visum, Einreise, Aufenthalt und polizeiliche Zusammenarbeit an der Grenze. Die neuen zwischenstaatlichen Regelungen sollen der angestrebten Assoziierung der Schweiz und Liechtensteins an «Schengen» und «Dublin» Rechnung tragen und gleichzeitig die bestehenden bilateralen Regelungen konsolidieren. Am 20. Juni wurde in Bern ein Abkommen zur Änderung des bilateralen Direktversicherungsabkommens unterzeichnet. Das Direktversicherungsabkommen wird auf die Vermittlung von Versicherungen ausgedehnt und Versicherungsvermittlern kann damit die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit in beiden Ländern ermöglicht werden. Diese für den Versicherungsstandort beider Länder wichtigen Änderungen sind am 1. Juli wirksam geworden, nachdem der Landtag der provisorischen Anwendung dieses Änderungsabkommens zugestimmt hatte. Im Berichtsjahr ist auch das trilaterale Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung, dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asyl-Angelegenheiten im Verhältnis zur Schweiz in Kraft getreten. Zwischen Liechtenstein und Österreich ist das Abkommen bereits seit Anfang 2006 in Kraft.

Im September konnte in Brüssel das Zusatzabkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen unterzeichnet werden. Das Zusatzübereinkommen trat am gleichen Tag in Kraft. Das Amt war an den mehrjährigen Verhandlungen beteiligt. Mit dem Abkommen wird die Konkurrenzfähigkeit der liechtensteinischen Produzenten und Hersteller erhöht und der Marktzugang in den grossen EU-Absatzmarkt verbessert.

Das Amt war auch im Berichtsjahr beim Abschluss bilateraler Vereinbarungen auf Ämterebene beratend tätig.

Zur Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener internationaler Übereinkommen leistete das Amt die entsprechenden Vorarbeiten. So konnten im Berichtsjahr im Menschenrechtsbereich das Internationale Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen unterzeichnet werden.

Im Rahmen der Umsetzung von internationalen Menschenrechtsübereinkommen, bei denen Liechtenstein Vertragsstaat ist, wurde im Berichtsjahr in Genf der zweite und dritte Bericht Liechtensteins zum Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965 vor dem betreffenden UNO-Ausschuss vorgestellt. Auch der dritte Länderbericht Liechtensteins zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau konnte im Berichtsjahr vor dem UNO-Ausschuss in New York präsentiert werden. Das Amt war neben der Erarbeitung der Berichte jeweils auch für die inhaltliche Vorbereitung dieser Vorstellungen und die Vorbereitung der Delegationen zuständig. Zudem nahm das Amt aktiv bei der Vorstellung der Berichte in Genf und New York teil. Sowohl die Länderberichte als auch die abschliessenden Bemerkungen und Empfehlungen der Ausschüsse sind unter www.liechtenstein.li abrufbar.

Das Amt war an der Vorbereitung und Durchführung verschiedener Besuche und Konferenzen in Liechtenstein beteiligt, so am Staatsoberhäuptertreffen S.D. des Erbprinzen mit den Bundespräsidenten Deutschlands und Österreichs und der Bundespräsidentin der Schweiz, am Besuch der Stagiaires des Schweizerischen diplomatischen Dienstes, am Besuch der Direktion für Völkerrecht des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) sowie am Besuch der

Delegation des internationalen Währungsfonds (IWF). Unter der Federführung des Protokolls war das Amt massgeblich an der Vorbereitung des EFTA-Ministerrates in Vaduz beteiligt. Des Weiteren nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auftrag der Regierung an diversen Konferenzen und internationalen Treffen im Ausland teil.

Auf der Grundlage des Beschlusses der Regierung, liechtensteinische Honorarkonsularvertretungen im Ausland, mit vorläufigem Schwerpunkt USA und Deutschland, zu errichten, wurden im Berichtsjahr unter Federführung des Amtes die ersten zwei liechtensteinischen Honorarkonsulate in den USA eröffnet. Die beiden Honorarkonsulate befinden sich in Macon, im Bundesstaat Georgia, und in Los Angeles, Kalifornien. Sie unterstehen der liechtensteinischern Botschaft in Washington. Das bisherige Modell der Vertretung Liechtensteins im diplomatischen und konsularischen Bereich durch die Schweiz soll aber grundsätzlich aufrecht bleiben.

Der Amtsvorstand und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren im Berichtsjahr wiederum in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen auf bilateraler Ebene sowie auch innerhalb der Landesverwaltung vertreten. Der Amtsvorstand war weiterhin Mitglied in einer Reihe von Arbeitsgruppen innerhalb der Landesverwaltung, die sich der Finanzplatzthematik widmen. Zudem arbeitete er aktiv in der Stiftung Image, im aussenpolitischen Expertenrat der Regierung, in der Kommission für Chancengleichheit, in der Arbeitsgruppe zur Revision des Verwaltungsorganisationsgesetzes sowie im TQM-Lenkungsausschuss mit. Das Amt hatte weiterhin den Vorsitz in der Arbeitsgruppe «Korruptionsbekämpfung und Korruptionsprävention», in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (AG R), und auf bilateraler Ebene in der Expertengruppe betreffend ergänzende Schutzzertifikate und Änderung des Zulassungsmechanismus für Arznei- und Pflanzenschutzmittel sowie in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisunterstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Ferner arbeiteten die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes unter anderem aktiv in der Ständigen Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, in der Arbeitsgruppe zur Reorganisation der internationalen humanitären Zusammenarbeit, in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Strahlenschutzrechts, am Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels, in der Arbeitsgruppe zur Schaffung eines Gesetzes über die vorübergehende sachliche Immunität von Kulturgut, in der Arbeitsgruppe zur Neuregelung des Sanktionenvollzugs und zur Revision des Wirtschaftsmassnahmengesetzes, in der Experten- und Verhandlungsgruppe Schengen/Dublin sowie in der Projektgruppe für die Schaffung eines Integrationsgesetzes mit.

Die im Juni 2002 errichtete Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (AG R) mit dem Mandat, einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus in Liechtenstein zu erarbeiten und umzusetzen sowie Massnahmen gegen Antisemitismus zu koordinieren, führte im Berichtsjahr noch verschiedene Aktivitäten in den Bereichen Sensibilisierung und Förderung der Integration von ausländischen Personen in Liechtenstein durch. Das Mandat der unter dem Vorsitz des Amtes bestehenden Arbeitsgruppe lief per Ende Juni aus, was die Auflösung der Arbeitsgruppe mit sich brachte. Die verbleibenden Agenden und das Restbudget wurden gemäss Regierungsbeschluss der Stabsstelle für Chancengleichheit (SCG) für ihre Tätigkeiten im Bereich Migration und Integration von Ausländerinnen und Ausländern in Liechtenstein sowie der Gewaltschutzkommission übertragen. Die Projektgruppe «Statistik», welche unter der AG R mit dem Ziel der Verbesserung der Datenlage im Bereich Rassismus und Diskriminierung errichtet wurde, wird ihr Mandat unter der Leitung der SCG zum Abschluss bringen. Die Berichterstattung zur Anti-Rassismuskonvention wird weiterhin vom Amt koordiniert. Zum Abschluss ihre Tätigkeit verfasste die AG R einen umfassenden Bericht über die Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein. Der Bericht wurde im August von der zuständigen Ressortinhaberin in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Er kann gegen einen Unkostenbeitrag von fünf Franken bei der Regierungskanzlei bezogen werden.

Nach Abschluss der Verhandlungen über die EWR-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien konnten die entsprechenden Vertragstexte am 25. Juli in Brüssel unterzeichnet werden. Das Erweiterungsabkommen wird seit 1. August 2007 vorläufig angewendet. Mit der Erweiterung hat Liechtenstein eine neue finanzielle Verpflichtung für den EWR-Finanzmechanismus von 730 000 Euro (2007–April 2009) übernommen. Auf Wunsch der EU wurden im Berichtsjahr Verhandlungen über den Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens aufgenommen, an denen das Amt ebenfalls beteiligt ist.

Die internationalen Aspekte der Bekämpfung des internationalen Verbrechens, der Korruption und der Geldwäscherei bildeten weiterhin wichtige Tätigkeitsschwerpunkte des Amtes. Die zuständige Mitarbeiterin im Amt verfolgte die Entwicklung in den relevanten Gremien der UNO und des Europarats und nahm die Vertretung der liechtensteinischen Interessen in diesen Gremien wahr. Zusammen mit anderen zuständigen Ressorts, insbesondere dem Ressort Justiz, wurden die Umsetzung der einschlägigen internationalen Instrumente weiter vorangetrieben. Nachdem im Sommer die letzten notwendigen Rechtsanpassungen erfolgt waren, genehmigte der Landtag im November die Ratifikation des Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermo-Übereinkommen) sowie zwei Zusatzprotokolle betreffend Menschenhandel und Menschenschmuggel. Mit der Ratifikation des Palermo-Übereinkommens wird

sich Liechtenstein an einem zentralen internationalen Rechtsinstrument zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen organisierten Verbrechens beteiligen. Das Amt war auch bei den zeitintensiven, anspruchsvollen und umfangreichen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem IWF/MONEYVAL-Assessment des liechtensteinischen Finanzplatzes (Evaluierung der Umsetzung der internationalen Standards zur Geldwäschereibekämpfung und zur Terrorismusfinanzierung) während des ganzen Jahres beteiligt. Die Bekämpfung und Prävention der Korruption sowie die internationale Zusammenarbeit bei der Rückführung von Korruptionsgeldern ist weiterhin ein zentrales Thema. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten hat den Vorsitz der von der Regierung bestellten Arbeitsgruppe Korruptionsprävention inne. Die Arbeitsgruppe bereitet die Ratifikation der UNO-Korruptionskonvention vor und initiiert und koordiniert die notwendigen Umsetzungsmassnahmen.

Bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls wurden im Berichtsjahr weitere Fortschritte erzielt. Das Amt war in enger Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Landesverwaltung, insbesondere mit dem Amt für Umweltschutz in diverse Umsetzungsarbeiten eingebunden. Im Juni besuchte ein international zusammengesetztes Expertenteam unter der Führung des Klimasekretariats Liechtenstein, um den Grundlagenbericht und das Treibhausgasinventar, welche das Amt für Umweltschutz gemäss den Vorgaben des Kyoto-Protokolls erstellt hatte, zu prüfen. Der Besuch war im Hinblick auf die definitive Zuteilung der liechtensteinischen Emissionsberechtigungen während der Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 von grosser Bedeutung. Mit der positiven Beurteilung hat Liechtenstein zudem das Recht, die Markt- und Handelsmechanismen des Kyoto-Protokolls zu nutzen. Das Amt war auch in die Vorbereitungen für die Teilnahme von Regierungschef Otmar Hasler am Klimagipfel der Vereinten Nationen vom September in New York involviert. In der Berichtsperiode war das Amt zudem intensiv mit den Verhandlungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz über den Abschluss eines Vertrags und einer Vereinbarung betreffend die Umweltabgaben und die CO2-Abgabe befasst.

Allgemein ist auch festzuhalten, dass die Mitarbeitenden des Amtes einen beträchtlichen Zeitaufwand in die Mitarbeit bei der von der Regierung durchgeführten Vernehmlassungen zu neuen Gesetzen investierten, sei dies gemäss Auftrag der Regierung oder auch aus eigener Initiative.

Wie in den vergangenen Jahren finanzierte Liechtenstein auch im Berichtsjahr Stellen in internationalen Organisationen für liechtensteinische Staatsbürger und leistete damit einen Beitrag zur Erreichung von deren Zielen. Im Berichtsjahr wurde die Stelle eines «Junior Professional Officers» im Verbindungsbüro für die Schweiz und Liechtenstein des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) sowie die Stelle eines Experten im Zuständigkeitsbereich Justiz und Polizei innerhalb des Stabilitätspakts für Osteuropa in Brüssel finanziert. Die Finanzierung von zwei neuen Stellen kam im Berichtsjahr dazu. Dabei handelt es sich um die Stelle eines «Associate Expert» beim UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in Wien und um die Stelle eines «Associate Expert» im UNO-Büro für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten sowie im Büro der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte in New York. Zudem wurde die Stelle des «Junior Professional Officer» im Verbindungsbüro für die Schweiz und Liechtenstein des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) neu besetzt. Liechtenstein wird sie für weitere zwei Jahre finanzieren. Die Sachbearbeitung betreffend die so genannten Secondments wurde vom Amt wahrgenommen. Das Amt war auch federführend mit der Ausschreibung und der Anstellung der neuen Secondments befasst.

Das Amt verfasste im Berichtsjahr einen ausführlichen Bericht betreffend die Ziele und Prioritäten der Liechtensteinischen Aussenpolitik.

Konferenzen und Tagungen

EUTELSAT

35. (ordentliches) Treffen der Vertragsparteien: 23.-24. 5. in Paris

Liechtenstein war am 35.(ordentlichen) Treffen der Vertragsparteien durch die Schweizer Delegation vertreten.

INTELSAT

31. (ausserordentliches) Treffen der Vertragsparteien: 20.-23.3. in Paris

Liechtenstein war am 30. Treffen der Vertragsparteien durch die Schweizer Delegation vertreten.

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Vollversammlung der CEPT: 20.-21.6. in Amsterdam

Liechtenstein nahm an den CEPT-Vollversammlungen mit einer eigenen Delegation teil.

Technische Treffen

An den diversen Treffen im Rahmen von ERO, ERC, ECTRA und ECC war Liechtenstein durch das Amt für Kommunikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

16. Jahrestagung des Gouverneursrats: 21.-22.5. in Kasan, Russland
Keine Teilnahme.

Europarat

117. Session des Ministerkomitees: 10.-11.5. in Strassburg
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Daniel Ospelt, Andrea Hoch)

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas: 30.-31.5. in Strassburg
(Regierungsrat Dr. Martin Meyer, Botschafter Daniel Ospelt, Erik Purgstaller, Andrea Hoch)

EFTA

18. EFTA-Ministerrat: 26.-28.6. in Vaduz
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Norbert Frick, Amtsleiter Roland Marxer, Botschafter Hubert Büchel, Hanspeter Walch, Andrea Entner-Koch, Doris Frick, Katja Gey, Kerstin Appel-Huston, Isabel Frommelt, Beatrice Fankhauser, Marion Malin)

19. EFTA-Ministerrat: 3.12. in Genf
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Norbert Frick, Doris Frick, Isabel Frommelt, Beatrice Fankhauser)

EWR/EU

EWR-Ministerrat: 15.5. in Brüssel
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Georges Baur)

EWR-Ministerrat: 20.11. in Brüssel
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Georges Baur)

ECOFIN-Tagung: 13.11. in Brüssel
(S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Amtsleiter Peter Beck)

Gipfeltreffen EU-Afrika: 8.-9.12. in Lissabon
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Amtsleiter Roland Marxer)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

OSZE-Ministerrat : 29.-30.11. in Madrid
(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Günter Frommelt, Christine Lingg)

UNO/Verschiedenes

- 11. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen gegen Folter: 21.2. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Patrick Ritter, Domenik Wanger)
- 4. Session des UNO-Menschenrechtsrats, High-Level-Segment: 12.3. in Genf (Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Norbert Frick, Isabel Frommelt, Andrea Hoch)
- 3. Konferenz der Vertragsparteien zum Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe: 30.4.-4.5. in Dakar, Senegal (Vertretung durch die Schweiz)
- OSZE-Konferenz über öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus: 30.5.-1.6. in Wien (Katja Gey, Isabel Frommelt)
- 14. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen): 3.-15.6 in Den Haag, Niederlande (Felix Näscher)
- Konferenz zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT): 17.-18.9. in Wien (Günter Frommelt, Reto Näscher)
- 51. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation: 17.-21.9. in Wien (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Günter Frommelt, Esther Schindler, Reto Näscher)
- 19. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Stoffe: 17.-21.9. in Montreal, Kanada (Vertretung durch die Schweiz)
- UNO-Klimagipfel: 24.9. in New York (Regierungschef Otmar Hasler, Sven Braden)
- 11. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen gegen Folter: 8.10. in Genf (Isabel Frommelt)
- Ministerkonferenz «Umwelt für Europa»: 10.-12.10. in Belgrad (Felix Näscher)
- Erste Konferenz der Vertragsparteien des Protokolls V zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 5.11. in Genf (Isabel Frommelt)
- Neunte Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 6.11. in Genf (Isabel Frommelt)
- Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 7.-13.11. in Genf (Isabel Frommelt)
- 13. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen sowie 3. Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls: 3.-14.12. in Bali (Felix Näscher)

Übereinkommen

UNO
- Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum Übereinkommen gegen den unerlaubten Verkehr mit Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen vom 20. Dezember 1988: 9.3.

– Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Zusatzprotokoll zur Konvention über die Sicherheit des UNO-Personals: 4.5.
– Unterzeichnung des Internationalen Übereinkommens vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen: 1.10.

EU/EFTA/EWR
– Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Ägypten: 22.1.
– Unterzeichnung des Abkommens über die Änderung von Protokoll 4 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer EFTA-Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs (Anpassung infolge der Übernahme der EG-Verordnung 1419/2006): 1.2. in Brüssel; Ratifikation: 19.4. (Zustimmung durch den Landtag war nicht erforderlich)
– Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den SACU-Staaten: 2.5.
– Unterzeichnung des Übereinkommens über die Beteiligung von Rumänien und Bulgarien am Europäischen Wirtschaftsraum: 25.7.
– Genehmigung von Anpassungen der EFTA-Konvention (Vaduzer Konvention) in den Bereichen Sozialversicherung und Luftfahrt (Anhang K, Anhang Q der EFTA-Konvention): 30.10 (Zustimmung des Landtags war nicht erforderlich)

Bilateral
– Unterzeichnung des Abkommens zwischen Liechtenstein und der Schweiz zur Änderung des Abkommens zwischen Liechtenstein und der Schweiz vom 19. Dezember 1996 betreffend die Direktversicherung: 20.6
– Notifikation betreffend Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zur Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Wahrnehmung der Aufgaben des liechtensteinischen Sicherheitsfonds: 26.6.
– Unterzeichnung des Memorandum of Understanding zwischen Liechtenstein und Österreich betreffend die gemeinsame Finanzierung von Projekten der internationalen Hilfe: 26.8.
– Unterzeichnung des bilateralen Übereinkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Moldau über die humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit: 5.9.
– Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die gemeinsame Finanzierung von Projekten der humanitären Hilfe in Drittländern: 29.10.

Verschiedenes
– Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum WIPO-Urheberrechtsvertrag vom 20. Dezember 1996: 30.1.
– Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum WIPO-Vertrag über Darbietungen und Tonträger vom 20. Dezember 1996: 30.1.
– Unterzeichnung des Zusatzabkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Einbeziehung des Fürstentums Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen: 27.9. (Ratifikation ist nicht erforderlich)

Diplomatische und Konsularische Angelegenheiten

Per Ende 2007 sind 73 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein neu direkte diplomatische Beziehungen mit Georgien, Kasachstan, Montenegro, Saudi Arabien und Vietnam auf. Weiters sind per Ende Berichtsjahr 31 konsularische Vertreter und Vertreterinnen in Liechtenstein bestallt. 10 konsularische Posten sind vakant. Neu hat Polen einen Honorarkonsul für Liechtenstein ernannt.

Berufskonsuln	Generalkonsuln	5
Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	8
	Honorarkonsuln	17
	Honorarvizekonsuln	1

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die Regierung hat im Berichtsjahr CHF 21.57 Mio. für untenstehende Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung aufgewendet. Der provisorische Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gemäss OECD-Kriterien, zu dem auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung im Inland angerechnet werden, beträgt CHF 21.56 Mio.

NOT- UND WIEDERAUFBAUHILFE (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästina	International	UNRWA	50 000	50 000
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	150 000	150 000
Förderung des Schutzes und der Sicherheit von humanitärem Personal bei Feldeinsätzen	International	UNDP	30 000	30 000
Hilfsprogramme des IKRK	Kolumbien	IKRK	50 000	50 000
Hilfsprogramme des IKRK	Israel; Palästina	IKRK	50 000	50 000
Hilfsprogramme des IKRK	Uganda	IKRK	50 000	50 000
Hilfsprogramme des IKRK	Sudan	IKRK	50 000	50 000
Hilfsprogramme des IKRK	Irak	IKRK	100 000	100 000
Hilfsprogramme des IKRK	Somalia	IKRK	50 000	50 000
Hilfsprogramme des UNHCR	West-Sahara	UNHCR	50 000	50 000
Hilfsprogramme des UNHCR	Gambia	UNHCR	50 000	50 000
Hilfsprogramme des UNHCR	Senegal	UNHCR	50 000	50 000
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	70 000	70 000
Humanitäre Hilfe in Darfur	Sudan	Caritas CH	100 000	100 000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50 000	50 000
Jahresbeitrag 2007	International	Hilfswerk Liechtenstein	20 000	20 000
Mahlzeiten für Schulkinder in Cantemir Rayon – Hilfswerk Austria	Moldau	ADA	100 000	100 000
Nahrungsmittelhilfe in Sambia	Sambia	WFP (IRA)	120 000	120 000
Nicht-zweckgebundener Beitrag	International	IKRK	100 000	100 000
Nicht-zweckgebundener Jahresbeitrag an IKRK	International	IKRK	200 000	200 000
Nicht-zweckgebundener Jahresbeitrag an UNHCR	International	UNHCR	60 000	60 000
Not- und Wiederaufbau nach dem Zyklon Sidr	Bangladesh	LRK	20 000	20 000
Not- und Wiederaufbauhilfe nach dem Zyklon Sidr	Bangladesh	UNICEF	50 000	50 000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms	International	WFP (IRA)	50 000	50 000
Notunterkunft A-Box	International	Gewerbe FL	100 043	0
«Social Housing in Supportive Environment»	Georgien	DEZA	450 000	450 000
Spendenaufstockung Peru	Peru	LRK	50 000	50 000
Spendenaufstockung Peru	Peru	Caritas FL	20 000	20 000
Transportkosten 2006	International	Hilfswerk Liechtenstein	106 593	106 593
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	50 000	50 000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	IKRK Sonderfonds	50 000	50 000
Weihnachtsaufruf LRK	Guinea	LRK	70 000	70 000
Wiederaufbau nach dem Zyklon Sidr	Bangladesh	Verein Hilfe für Bangladesh	30 000	30 000
Wiederaufbau Sonderschule	Nicaragua	Verein Lichtblick	50 000	50 000
Zusatzappell für Mauretanien	Mauretanien	UNHCR	40 000	40 000
2. Jahrestranche Spendenerhöhung Tsunami	Sri Lanka; Indien	LRK	290 625	290 625
2. Jahrestranche Spendenerhöhung Tsunami	Sri Lanka; Indien	Caritas FL	96 875	96 875
TOTAL			**3 074 136**	**2 974 093**

INTERNATIONALE FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSHILFE

(Ausländer- und Passamt)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag Migrationspartnerschaft Westlicher Balkan	Albanien; Bosnien-Herzegowina; Mazedonien; Serbien	BFM	750 000	750 000
Beitrag Refugee Education Trust	International; Burundi	RET	100 000	100 000
Betagtenbetreuung Sanski Most	Bosnien-Herzegowina	cfd Christlicher		

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
		Friedensdienst, Bern	30 000	30 000
Friedensbildung in ländlichen multi-ethnischen Gemeinschaften	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	41 000	41 000
Good Governance	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	32 000	32 000
Minderheitenprogramm Kosovo MAAR 3	Serbien	Caritas CH	700 000	700 000
Neubau Kindergärten Drenas / Prizren	Serbien	Caritas CH	70 000	70 000
Offene Krankenbetreuung Banja Luka	Bosnien-Herzegowina	Caritas Banja Luka, BuH	59 270	59 270
Renovation OG Schule Donja Ljubija	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	64 000	64 000
Schaffung Wohnraum Roma-Kolonie Butmir	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	40 000	40 000
Schulbildung Roma-Jugendliche	Mazedonien	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	30 000	30 000
Schulbildung von Roma-Jugendlichen	Serbien	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	30 000	30 000
Beitrag zur Entwaffnung und Reintegration von Kindersoldaten	International	UNDP	50 000	50 000
TOTAL			**1 996 270**	**1 996 270**

BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

(Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Verwendung der Mittel, siehe separate Berichterstattung des LED	Diverse	Diverse	13 740 000	13 740 000
TOTAL			**13 740 000**	**13 740 000**

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Multilaterale EZA (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an das Mikrofinanz-Programm des UNO-Kapitalentwicklungsfonds	International	UNCDF	50 000	50 000
Beitrag ans generelle Budget	International	Millennium Institute	50 000	0
Beitrag ans generelle Budget der International Commission of Jurists	International	ICJ	12 000	0
Beitrag ans generelle Budget der Womens World Summit Foundation	International	WWSF	10 000	0
Beitrag ans generelle Budget des Global Fund gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose	International	Globaler Fonds gegen HIV/Aids	61 000	61 000
Beitrag ans generelle Budget des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	400 000	0
Beitrag ans generelle Budget von Association for the Prevention of Torture	International	APT	15 000	15 000
Beitrag ans generelle Budget von Concordis International	International	Concordis International	20 000	0
Beitrag ans Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	5 000	5 000
Beitrag zur Entwaffnung und Reintegration von Kindersoldaten	International	UNDP	50 000	50 000
Beiträge im Bereich gute Regierungsführung	International	OSZE	100 000	100 000
Freiwilliger Beitrag an das generelle Budget von UNFPA	International	UNFPA	10 000	10 000

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Freiwilliger Beitrag an die Weltorganisation gegen Folter	International	OMCT	15 000	15 000
Freiwilliger Beitrag ans generelle Budget	International	UNO-Fonds für Folteropfer	9 760	9 760
Freiwilliger Beitrag ans generelle Budget von UNAIDS	International	UNAIDS	10 000	10 000
Freiwilliger Beitrag ans generelle Budget von UNDP	International	UNDP	20 000	20 000
Freiwilliger Beitrag ans generelle Budget von UNICEF	International	UNICEF	20 000	20 000
Freiwilliger Beitrag ans generelle Budget von UNIFEM	International	UNIFEM	10 000	10 000
Fussball-Trainingslager für palästinensische und israelische Jugendliche	Israel	Swiss U16 Cup	30 000	0
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40 000	40 000
Seminar über politische Kultur der Georgischen Akademie für politische Bildung	Georgien	Europarat	24 750	24 750
Aufbau einer Local Democracy Agency in Shkodra	Albanien	Europarat	41 250	41 250
Zentrum für den Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen	Georgien	Europarat	33 000	33 000
Polio Impfkampagne von UNICEF und WHO	Afghanistan; Indien; Pakistan; Nigeria	UNICEF	14 000	14 000
Polio-Impfkampagne von UNICEF	Niger	UNICEF	12 200	12 200
UNICEF-Projekt zur Aids-Prävention	Gabun	UNICEF	43 005	43 005
Internationale Bergpartnerschaft REC	Armenien; Aserbaidschan; Georgien	REC Caucasus	57 618	57 618
Freiwillige Beiträge	International	OHCHR	90 000	90 000
TOTAL			**1 253 583**	**731 583**

Drogen- und Verbrechensbekämpfung (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Global Programme Against Moneylaundering - Aufbau der FIU in Kirgistan	Kirgistan	UNODC	122 000	122 000
Drogenbekämpfung in Afghanistan	Afghanistan	UNODC	122 000	122 000
HIV/AIDS-Projekt für jugendliche Drogenabhängige	Albanien	UNICEF	61 000	61 000
Allgemeiner Beitrag Globaler Fonds gegen HIV / Aids, Malaria und Tuberkulose	International	Globaler Fonds gegen HIV/Aids	61 000	61 000
Allgemeiner Beitrag Globales Programm gegen Terrorismus	International	UNODC	61 000	61 000
Secondment bei GPML	International	UNODC	133 000	133 000
Inlandsverwendung: Drogenpräventionskampagne	FL	FL	5 172	0
TOTAL			**565 172**	**560 000**

Umwelt und Nachhaltigkeit (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Internationale Bergpartnerschaft REC	Armenien; Aserbaidschan; Georgien; Russland	REC Caucasus	118 804	118 804
TOTAL			**118 804**	**118 804**

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IHZE

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Internetauftritt Microfinance Initiative Liechtenstein MIL	FL	FL	10 461	10 461
TOTAL			**10 461**	**10 461**

MITARBEIT IN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

(Amt für Auswärtige Angelegenheiten und Aussenstellen) Secondments

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Liechtensteinisches Secondment bei OCHA / OHCHR	International	OCHA/OHCHR	201 814	201 814
Liechtensteinisches Secondment beim UNHCR	International	UNHCR	191 916	191 916
Secondment bei GPML	International	UNODC	59 372	59 372
Secondments: Einführungsseminar	International	UNO	7 214	7 214
Secondment beim Stabilitätspakt für Südosteuropa	International	Stabilitätspakt	352 020	0
TOTAL			**812 336**	**460 315**

Jahresbeiträge und freiwillige Beiträge

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	International	ICG	10 000	0
Freiwilliger Beitrag an die International Peace Academy	International	IPA	10 000	0
Freiwilliger Beitrag an die Organisation Security Council Report	International	SC Report	10 000	0
Freiwilliger Beitrag ans International Center for Transitional Justice	International	ICTJ	10 000	0
Internationaler Strafgerichtshof (ICC)	International	ICC	26 674	0
Opferfonds des ICC	International	ICC Victims Trust Fund	10 000	0
Koalition für den ICC	International	Coalition for the ICC	10 000	0
UNO-Jahresbeitrag	International	UNO	252 031	30 244
UNO-Peacekeeping-Operationen	International	UNO	446 204	31 234
Regulärer Beitrag IAEO	International	IAEO	17 630	0
Freiwilliger Beitrag für die Technische Zusammenarbeit IAEO	International	IAEO	8 596	8 596
Beiträge CTBTO	International	CTBTO	6 682	0
Beitrag an OPCW	International	OPCW	10 138	0
Regulärer Beitrag ITU	International	ITU	159 000	28 620
Regulärer Beitrag UPU	International	UPU	39 360	6 298
Wahlbeobachtung im Kosovo	Serbien	Europarat	16 600	16 600
Jugendprojekte im Rahmen der Europaratskampagne «Alle anders - alle gleich»	Bulgarien; Ukraine	Europarat	18 260	18 260
Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	15 000	15 000
Beitrag an das generelle Budget des Genfer Übereinkommens betr. weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigung	International	UNECE	366	0
Beitrag an das generelle Budget des UNEP bzw. Environment Fund	International	UNEP	4 758	4 758

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an den Technical Cooperation Trust Fund der Basler Konvention	International	UNEP	6 100	6 100
Entmilitarisierungsprogramm im Bereich Kleinwaffen	Montenegro	OSZE	33 000	33 000
Jahresbeitrag an das Budget der Alpenkonvention	International	Sekretariat Alpenkonvention	26 769	0
Jahresbeitrag an das Budget des Kyoto-Protokolls	International	UNFCCC	738	738
Jahresbeitrag an das generelle Budget der CITES	International	CITES	595	595
Jahresbeitrag an das generelle Budget der Klimakonvention	International	UNFCCC	926	926
Jahresbeitrag an das generelle Budget der Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	514	514
Jahresbeitrag an den Zusatzfonds der Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	5 000	5 000
Jahresbeitrag Basler Konvention	International	UNEP	300	300
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	643	643
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	347	347
Jahresbeitrag EMEP-Programm (Messung und Bewertung luftverunreinigender Stoffe)	International	UNECE	317	0
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	14 363	14 363
Jahresbeitrag Internationaler Jagdbeirat	International	CIC	2 880	0
Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	10 193	10 193
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1 000	1 000
Jahresbeitrag Rotterdamer Übereinkommen	International	UNEP	242	242
Jahresbeitrag Stockholmer Übereinkommen	International	UNEP	351	351
Jahresgebühr International Transaction Log des Klimasekretariats	International	UNFCCC	270	270
OSZE-Wahlbeobachter-Ausbildungsprogramm	International	OSZE	16 600	16 600
Prävention des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen im Tourismus	Montenegro	OSZE	16 500	16 500
Projekt zur öffentlichen Bewusstseinsbildung im Kampf gegen die Korruption	Montenegro	OSZE	16 600	16 600
Unterstützung für ein Frauenhaus in Prizren (Kosovo)	Serbien	OSZE	24 000	24 000
Workshop z. Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung	Montenegro	OSZE	16 000	16 000
TOTAL			**1 275 546**	**323 892**
Total IHZE-Ausgaben gemäss Rechnung			**21 570 762**	

Ausgaben für die Offizielle Entwicklungszusammenarbeit Liechtensteins (ODA) gemäss OECD-Kriterien, inkl. Katastrophenfonds der Gemeinden und anrechenbare Kosten der Flüchtlingsbetreuung im Inland (provisorische Zahl)	**21 563 049**

DIPLOMATISCHE VERTRETUNG IM AUSLAND

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: Botschafter Dr. Hubert Büchel

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der vielfältigen, freund-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die Kontakte auf Regierungsebene sowie auf den Ebenen der Ämter bildeten auch 2007 Schwerpunkte. Eine weitere wesentliche Aufgabe der Botschaft ist ihre Funktion als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern. Per 21. Juni 2007 fand ein Botschafterwechsel statt: Hubert Büchel, vormaliger Leiter des Amts für Volkswirtschaft, folgte auf S.D. Prinz Stefan von Liechtenstein, der als Botschafter nach Berlin berufen wurde.

Das Jahr 2007 in der Schweiz

Auch im Jahre 2007 waren die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union ein dominierendes Thema in der politischen Diskussion. Die Bemühungen für den Beitritt zu Schengen/Dublin wurden fortgesetzt. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten stand der von der Schweiz zugesagte Beitrag von CHF 1 Mia zum EU-Kohäsionsfonds schon im Jahr 2006 im Blickpunkt. Mit der Volksabstimmung vom 26. November 2006 und bei einer Zustimmung von 53,4% zum neuen Osthilfegesetz fand der bilaterale Weg eine weitere Bestätigung. Am 20. Dezember 2007 fand im Bernerhof die feierliche Unterzeichnung der bilateralen Rahmenabkommen betreffend den Schweizer Beitrag an die erweiterte EU statt, bei der die Schweiz und alle betroffenen zehn EU-Mitgliedsstaaten auf Regierungsebene vertreten waren.

Im November 2007 begann der Steuerdialog mit der EU betreffend Unternehmensbesteuerung mit einer offiziellen Gesprächsrunde. Die Schweiz betont ihre Autonomie in Steuerfragen und lehnt deshalb Verhandlungen ab.

Die Beziehungen der Schweiz zur EU haben einen direkten Einfluss auf Liechtenstein und seine Wirtschaft. Die Botschaft ist daher in ständigem Kontakt mit den entsprechenden Stellen der Schweiz, insbesondere im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), und koordiniert den Informationsfluss in den für die europäische Integrationspolitik Liechtensteins wichtigen Fragen.

Die schweizerische Innenpolitik zeichnet sich besonders durch die Instrumente der direkten Demokratie aus. In der Volksabstimmung vom 11. März 2007 wurde die Volksinitiative für die Einführung einer Einheitskrankenkasse für die obligatorische Grundversicherung mit 71,2% Neinstimmen massiv abgelehnt. Die Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV-Revision) wurde am 17. Juni 2007 mit 59,1% angenommen. Bundespräsidentin war im Jahr 2007 Bundesrätin und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey. Am 21. Oktober 2007 fanden Neuwahlen auf Bundesebene statt. Hauptgewinner waren die SVP, die grünen Parteien GPS und GLP sowie die CVP. Von insgesamt 200 Nationalrats-Mandaten erreichten die grünen Parteien 23 (+ 9), die CVP 31 (+ 3) und die SVP 62 (+ 7). Die SVP wurde damit mit Abstand stärkste Partei und erreichte mit ca. 29% Stimmenanteil auch den bisher (seit Einführung der Proporzwahl 1919) höchsten Wähleranteil in der Schweiz. Der Frauenanteil im Nationalrat erhöhte sich von 26% auf 29.5%. Die Fraktionsstärke in der Vereinigten Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) sieht wie folgt aus: Auf der rechten Seite die SVP mit 71 und die FDP mit 47 Sitzen, in der Mitte die CVP/ EVP/GLP-Fraktion mit 52 Sitzen, auf der Linken die SP mit 52 und die GP/CSP/PdA-Fraktion mit 24 Sitzen.

Die Bundesrats-Gesamterneuerungswahl fand am 13. Dezember 2007 statt. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Frau Eveline Widmer-Schlumpf anstelle von Bundesrat Christoph Blocher in den Bundesrat. Darauf hin beschloss die SVP-Bundesfraktion, in Opposition zu gehen.

Für die schweizerische Wirtschaft war 2007 ein sehr gutes Jahr, gegen Jahresende wurde der Konjunkturhöhepunkt überschritten und für die weitere Entwicklung ein geringeres Wachstum erwartet. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen fiel im Juni 2007 erstmals wieder unter 100 000 Personen, was einer Arbeitslosenrate von 2,5% entsprach.

Die Rechnung des Bundes schloss mit einem Einnahmenüberschuss von CHF 4,1 Mrd. ab. Dazu hat neben Mehreinnahmen eine gestiegene Ausgabendisziplin beigetragen. Der vor allem in den Neunzigerjahren massiv angestiegene Schuldenberg konnte damit auf CHF 121 Mrd. verringert werden.

Die Beziehungen Liechtenstein - Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins mit der Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt. Der direkte Kontakt zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichen eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisten die gegenseitige Information. Aber auch 2007 kam es wieder zu einer Reihe direkter Kontakte mit der Schweiz auf Regierungsebene:

Am 2. März 2007 besuchte Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, Liechtenstein und am 21. März 2007 fand ein offizieller Arbeitsbesuch von Frau Bundespräsidentin

Micheline Calmy-Rey Liechtenstein statt. Die Bundespräsidentin weilte nochmals anlässlich des Treffens der Staatsoberhäupter der vier deutschsprachigen Länder am 29. Oktober 2007 in Vaduz. Am 4. Oktober 2007 begab sich Regierungsrat Dr. Martin Meyer zu Gesprächen mit Bundesrat Samuel Schmid nach Bern. Auf regionaler Ebene pflegte die liechtensteinische Regierung vielfältige Kontakte und es fanden mit Kantonsregierungen einige gegenseitige Besuche statt. Aufgrund der besonderen Beziehungen Liechtensteins zur Universität Fribourg hat Regierungschef Otmar Hasler am 15. November 2007 am Dies Academicus teilgenommen.

Kontakte mit den Botschaften in Bern

Die liechtensteinische Botschaft war auch 2007 intensiv als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern tätig. Anlässlich der portugiesischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr wurde ein Vortrag von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 10. Oktober 2007 vor EU-Botschaftern in der Botschaft Portugals in Bern vermittelt. Die in Liechtenstein akkreditierten Leiter der diplomatischen Missionen in der Schweiz wurden von der liechtensteinischen Regierung am 13. Juni 2007 zu einer Informationsveranstaltung nach Vaduz eingeladen.

Die liechtensteinische Botschaft in Bern war auch im kulturellen Bereich aktiv und hat am 25. November 2007 zur Eröffnung einer Kunstausstellung in der Residenz mit Werken von Gertrud Kohli, Ruggell, eingeladen.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Ausserdem werden sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen, vom EDA über die Botschaft geleitet. Diese Tätigkeit hielt sich 2007 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend war die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilfällen.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone und beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Die Botschaft beim Königreich Belgien und beim Heiligen Stuhl hatte wiederum Gelegenheit vielfältige Kontakte mit offiziellen Stellen beider Partner zu pflegen, sei es durch die Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben, des Informationsaustausches, des Konsularwesens und die Behandlung spezifischer Einzelfälle auf Anfrage.

Besonders erwähnt sei die erstmalige Privataudienz des Fürsten- und Erbprinzenpaares mit Mitgliedern ihrer Familien bei S.H. Papst Benedikt XVI.

Neben der Missions- und Botschaftstätigkeit im engeren Sinn waren es primär Fragen des liechtensteinischen Finanzplatzes an denen die Mission mitzuarbeiten hatte.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgaben der Botschaft sind die Pflege und der weitere Ausbau der vielfältigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland. Neben den bereits in den letzten Jahren vorangetriebenen Kontakten auf Bundesebene wurden weiter auch die Beziehungen zu einer Reihe von deutschen Bundesländern gepflegt. Höhepunkt in den Beziehungen war sicherlich der Besuch des deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler bei S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein in Vaduz Ende Oktober 2007. Die von der Regierung beabsichtigte Errichtung von liechtensteinischen Honorarkonsulaten in Deutschland wurde weiter vorbereitet. Für die deutsche Politik standen im Jahr 2007 vor allem die EU-Ratspräsidentschaft sowie der Vorsitz in der Gruppe der G8 im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Bundesregierung spielte eine massgebliche Rolle in der Wiederaufnahme des europäischen Verfassungsprozesses, der in der zweiten Jahreshälfte unter portugiesischer Präsidentschaft zur Unterzeichnung des «Vertrags von Lissabon» führte. In der Leitung der Botschaft in Berlin kam es zu einem Wechsel: Auf Botschafter Dr. Josef Wolf folgte Anfang des Jahres 2007 S.D. Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein.

Das Jahr 2007 in Deutschland

EU-Ratspräsidentschaft und G8-Vorsitz

Unter dem Motto «Europa gelingt gemeinsam» hatte die Bundesregierung am 1. Januar 2007 für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Allerdings wurde das Programm nicht auf sechs, sondern achtzehn Monate angelegt, da Deutschland erstmals mit den nachfolgenden Mitgliedstaaten Portugal und Slowenien in einer «Triopräsidentschaft» zusammenarbeitet. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieses Programms lagen und liegen auf den folgenden Themen: Energiesicherheit, Klimawandel, Bürokratieabbau und Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses. Unter Vermittlung der deutschen

Bundeskanzlerin verpflichtete sich der Europäische Rat bei seinem Treffen am 8. und 9. März in Brüssel zu ehrgeizigen Klimaschutz-Zielen, zum Beispiel auf die EU-interne Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 (bzw. sogar um 30 Prozent, wenn andere Länder diesem Ziel folgen) oder die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch von derzeit ca. 7 Prozent auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020.

Der 25. März 2007 galt als Höhepunkt der deutschen EU-Präsidentschaft. Mit einem aufwendigen Festprogramm wurde an diesem Tag das Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge (EWG-Vertrag und Euratom-Vertrag) vor 50 Jahren gefeiert. Im historischen Zeughaus unterzeichneten Bundeskanzlerin Angela Merkel, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sowie der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, die so genannte «Berliner Erklärung». In ihr bekennt sich die Europäische Union zu ihrer wertegeleiteten Integrationsgeschichte und verpflichtet sich zur Schaffung einer neuen vertraglichen Grundlage bis zur Europawahl 2009; eine Aufgabe, die schliesslich unter der nachfolgenden portugiesischen Ratspräsidentschaft und mit der engagierten Mitwirkung und Vorarbeit der deutschen Bundeskanzlerin auf den Weg gebracht werden konnte (Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon am 13. Dezember 2007).

Das Leitmotiv des zwölfmonatigen deutschen G8-Vorsitzes lautete «Wachstum und Verantwortung». Die Ausgestaltung der Weltwirtschaft, die Bekämpfung des Klimawandels und die Entwicklung Afrikas bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte des G8-Programms und standen auch während des G8-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007 im Mittelpunkt. Nach dem Gipfel arbeitete Deutschland in der zweiten Jahreshälfte vor allem daran, dass die Schwerpunkte von Heiligendamm (Klimaschutz / Schwellenländer / Afrika) auch von der kommenden Präsidentschaft (Japan) übernommen werden und so weiter aktuell bleiben. Die führenden Industrienationen hatten vereinbart, die globalen CO2-Emissionen bis 2050 um mindestens die Hälfte zu reduzieren und dieses Ziel gemeinsam in einem UNO-Prozess umzusetzen. Dabei sollen auch die grossen Schwellenländer eingebunden werden. Es wird auch als Erfolg der deutschen Präsidentschaft angesehen, dass nunmehr alle acht Nationen der G8 die Ergebnisse des jüngsten UNO-Klimaberichts (IPCC-Bericht) anerkannt haben.

Innenpolitik

Während die Bundesregierung in den ersten sechs Monaten vollkommen von der EU-Ratspräsidentschaft und dem G8-Vorsitz absorbiert erschien, kühlte sich das politische Klima in der Grossen Koalition in der zweiten Jahreshälfte 2007 spürbar ab. Nach dem Rücktritt von Franz Müntefering im November von den Ämtern des Vizekanzlers und des Bundesministers für Arbeit und Soziales wurde die Lücke erkennbar, die der langjährige Politiker hinterliess: Er hatte sich zusammen mit Bundeskanzlerin Merkel um Ausgleich zwischen den beiden Regierungsparteien SPD und CDU/CSU bemüht und sich für eine pragmatische Arbeitsatmosphäre eingesetzt. Der SPIEGEL notierte hierzu: «Mit Müntefering ist möglicherweise der Geist der Grossen Koalition verloren gegangen.» Neuer Vizekanzler wurde Bundesaussenminister Frank-Walter Steinmeier. Innenpolitische Themen, die auch innerhalb der Grossen Koalition zu Diskussionen führten, waren etwa die noch nicht abgeschlossene Debatte um die Einführung von Mindestlöhnen, die Handhabung der Rente mit 67 oder die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe für jene Unternehmen, die aus Sicht der Regierung nicht hinreichend selbst ausbilden. Weitere Spannungen entzündeten sich im Laufe des Jahres 2007 an Punkten wie der Erbschaftssteuer, dem geplanten Börsengang der Deutschen Bahn, der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, den Beziehungen EU-Türkei sowie dem Verhältnis zwischen innerer Sicherheit und persönlichem Datenschutz.

Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft war im Jahr 2007 klar auf Wachstumskurs. Insgesamt wuchs das Bruttoinlandprodukt real um 2,5%, mehr als man ein Jahr zuvor hatte erwarten können. Die robuste Konjunktur sorgte mit 40,37 Millionen Erwerbstätigen für einen Rekord am Arbeitsmarkt. Ab September 2007 lag die Zahl der Erwerbstätigen über der 40 Millionen-Marke. Im Jahresdurchschnitt 2007 waren es 39,7 Millionen. Seit 2005, dem Jahr mit der höchsten Arbeitslosigkeit, konnte die Zahl der Arbeitslosen um 1,1 Millionen gesenkt werden. Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stieg um 595.000 oder 1,7 Prozent auf fast 35,3 Millionen. Damit wurde der Höchststand von 2001 knapp verfehlt. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft war 2007 ausserordentlich gut. Deutschland belegte nach Umfragen den Platz eins innerhalb der grossen Volkswirtschaften Europas sowie im weltweiten Vergleich, gemeinsam mit der Schweiz, Platz zwei - hinter China.

Gesellschaft

Ein gesellschaftliches Dauerthema war während des gesamten Jahres 2007 die Familienpolitik. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen plante einen massiven Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder. 500.000 neue Plätze sollen bis zum Jahr 2013 geschaffen werden, derzeit sind es 250.000. Die Kosten werden auf rund drei Milliarden Euro geschätzt. Bei Umsetzung dieses Ziels hätten dann etwa 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot. Die Debatte um die so genannten «Krippenplätze» nahm zum Teil extreme Züge an und bleibt auch 2008 aktuell.

Das Problem der Integration muslimischer Bürger in die deutsche Gesellschaft kann ebenfalls als ein zentrales Thema hervorgehoben werden. Anfang Mai 2007 fand

unter der Leitung von Bundesinnenminister Schäuble (CDU) das zweite Treffen der Deutschen Islamkonferenz statt, das jedoch ohne Beschlüsse blieb. Man wertete allerdings die Tatsache, dass es überhaupt stattfand, als Erfolg. Immerhin waren sich die Teilnehmer einig, «dass der Dialogprozess nützlich und gewollt» sei. Die Runde erörterte auf ihrer zweiten Zusammenkunft vor allem Fragen, die sich bei einer verfassungsrechtlichen Anerkennung islamischer Religionsverbände als Religiöse Gemeinschaft ergäben.

Die Beziehungen Liechtenstein – Deutschland

Kontakte auf Regierungsebene

Den Höhepunkt in den deutsch-liechtensteinischen Beziehungen bildete am 29. Oktober 2007 der Besuch von Bundespräsident Horst Köhler und Frau Eva Luise Köhler auf Schloss Vaduz im Rahmen des alljährlichen Treffens der vier Staatsoberhäupter des deutschsprachigen Raums. S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein waren zum ersten Mal Gastgeber. Zuvor kam es am 17. Juli in Berlin zu einem Arbeitstreffen von Regierungschef-Stellvertreter und Justizminister Dr. Klaus Tschütscher mit seiner deutschen Amtskollegin Brigitte Zypries. Ende August/Anfang September besuchten Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschütscher und Regierungsrat Hugo Quaderer den Freistaat Sachsen. Die beiden Regierungsmitglieder, die von einer Wirtschaftsdelegation begleitet wurden, trafen unter anderem mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Georg Milbradt zusammen. Auf Bundesebene nahm Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 3. September in Weimar an dem Treffen der Innenminister des deutschsprachigen Raums teil. Während dieses Treffens sagten die Innenminister ihre Unterstützung für die liechtensteinische Position in den Schengen-Verhandlungen zu. Am 9. und 10. September besuchte schliesslich der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus mit einer Gruppe von Jungunternehmern das Fürstentum Liechtenstein. Die Kontakte der Botschaft Berlin zu einzelnen Bundesländern konzentrierten sich neben den bereits genannten (Sachsen und Thüringen) auf Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg.

Die von der Regierung geplante Errichtung von liechtensteinischen Honorarkonsulaten auch in Deutschland wurde weiter intensiv vorbereitet. Die Kontakte konnten soweit geführt werden, dass es im Jahr 2008 zur Eröffnung der ersten beiden Honorarkonsulate kommen kann.

Kontakte auf Verbandsebene

Der Liechtensteinische Bankenverband LBV war am 20. September 2007 Gastgeber für einen «Parlamentarischen Abend» in Berlin. Thema der Veranstaltung war «Was Liechtenstein und Deutschland verbindet. Europäische Finanzpolitik und die Herausforderung für das neue Europa». Rund dreissig Abgeordnete des Deutschen Bundestages waren der Einladung des LBV in das historische Gebäude der Parlamentarischen Gesellschaft gegenüber dem Reichstag gefolgt. Der Parlamentarische Abend stand unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, Eduard Oswald (CDU/CSU). Neben dem Geschäftsführer des LBV, Michael Lauber, informierten Stephan Ochsner (FMA) und René Brülhart (FIU) die deutschen Gäste über den liechtensteinischen Finanzplatz. S.D. Prinz Stefan von und zu Liechtenstein nutzte die Gelegenheit zu einem Grusswort, in dem er neben den finanzpolitischen Rahmenbedingungen auch die historischen Hintergründe des Fürstentums Liechtensteins erläuterte.

Kontakte in den Bereichen Kunst, Kultur und Medien

Das im Herbst 2006 eröffnete Künstleratelier «La Fabrik» hat sich von Beginn an zu einer zentralen Einrichtung für die künstlerischen und kulturellen Verbindungen zwischen Liechtenstein und Deutschland entwickelt. Im Jahr 2007 waren vier liechtensteinische Künstler und Künstlerinnen für jeweils drei Monate zu Gast: Brigitte Hasler, Werner Marxer, Marco Eberle und Doris Bühler. Die Botschaft Berlin unterstützt die Stipendiaten vor allem in organisatorischen Dingen und pflegt einen guten Kontakt. Am 28. November fand im renommierten Brecht-Literaturhaus in Berlin die Präsentation des Tagebuchs von Richard Pietrass («Mit einem Bein in Liechtenstein») statt. Die Lesung des Autors kam bei den Gästen sehr gut an; Liechtenstein wurde dem Berliner Publikum einmal auf eine andere Art als in der deutschen Tagespresse üblich präsentiert. Anfang Dezember fand in der Residenz der Botschaft auch wieder ein Liechtenstein-Salon statt. In diesem Rahmen hielt der Direktor der Fürstlichen Sammlungen und des Liechtenstein Museums, Dr. Johann Kräftner, einen Vortrag über die Philosophie der Sammlungen, zeigte interessante Neuerwerbungen und zeichnete die historischen Verbindungen zwischen Berlin und einigen Kunstwerken nach. Ehrengäste an diesem Abend waren hohe Vertreter des Bundestages und des Auswärtigen Amtes. Ebenfalls im Dezember präsentierte die Werkstatt für Künstlerische Lithographie in Berlin-Treptow eine Jubiläumsmappe mit 21 Lithographien von Künstlern aus Deutschland, Schweiz, Österreich und Liechtenstein; darunter auch von Werner Marxer und von Evelyne Bermann. Diese Mappe wird 2008 als Ausstellung auch in die Schweiz und nach Österreich wandern. Für die Jahre 2008 und 2009 wurde bereits intensiv an weiteren Projekten des Kulturaustausches gearbeitet. Aktive Zentren solcher Kontakte waren und sind der Kulturkreis Liechtenstein Weimar und das Kulturzentrum in Berlin-Treptow, denen hier besonderer Dank gebührt.

Die Kontakte zu den deutschen Medien wurden nach dem Botschafterwechsel in Berlin vor allem in der zweiten Jahreshälfte erneut aufgegriffen.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Höhepunkte der liechtensteinisch-amerikanischen Beziehungen waren auf Ebene des Kongresses die Gründung des «Congressional Friends of Liechtenstein Caucus», die Verabschiedung einer Resolution zur Würdigung von 200 Jahren Souveränität sowie die Ernennung der ersten zwei liechtensteinischen Honorarkonsuln.

Die zweite Hälfte des Berichtsjahres war in den USA gekennzeichnet von einerseits dem sich bereits intensivierenden Wahlkampf im Hinblick auf die Präsidentschafts- und Kongresswahlen vom November 2008 und andererseits von der Sorge um die Wirtschaft, ausgelöst durch die Lage auf dem Immobilienmarkt, den niedrigen Dollarkurs, den hohen Ölpreis, die Folgen der Subprime-Krise für die Finanzinstitutionen und die drohende Rezession.

Eine Naturkatastrophe in Form von grossflächigen Waldbränden in Kalifornien richtete im Oktober grosse Verwüstungen an. Die Katastrophenschutzbehörde war gut vorbereitet, sodass nur wenige Opfer zu beklagen waren.

Finanzplatzrelevante Entwicklung

Dem Thema Steuerhinterziehung kam in den USA im Berichtsjahr im Zusammenhang mit dem grossen Haushaltsdefizit erhöhte Aufmerksamkeit zu. Hängige Gesetzesentwürfe im US-Senat zielen darauf ab, amerikanische Unternehmen, die in Niedrigsteuerländern etabliert sind, steuertechnisch wie inländische Unternehmen zu behandeln. Damit soll die Steuerhinterziehung mittels «Offshore-Steuerparadiesen» vermieden werden. Liechtenstein steht mit einer Anzahl weiterer Niedrigsteuerländer auf Listen, die Bestandteil der Gesetzesentwürfe sind. Die Botschaft hat mit den Mitarbeitern sowohl des zuständigen Ausschusses als auch der verantwortlichen Senatoren, darunter Präsidentschaftskandidat Barack Obama, Kontakt aufgenommen und klärende Gespräche geführt. Ein diesbezüglicher informeller Informationsaustausch wird mit den Botschaften weiterer betroffener Länder unterhalten. Relevante Anhörungen im Kongress werden verfolgt und die weitere Entwicklung der sich immer noch in den Ausschüssen befindlichen Gesetzesentwürfe sorgfältig beobachtet.

Die Gespräche, welche René Brülhart und Ralph Sutter, FIU, am 26. und 27. April mit hohen Beamten des Kongresses und dem für Terrorismusbekämpfung zuständigen Berater von Präsident Bush im nationalen Sicherheitsrat (NSC) führten, drehten sich im Kongress um die Darstellung des Finanzplatzes mit seinen Überwachungsmechanismen und im NSC um die Arbeit innerhalb der Egmont-Gruppe, der FATF sowie um hängige Fälle.

Im Berichtsjahr fanden im Hinbick auf die Verlängerung des QI-Status für die liechtensteinischen Banken zwei Verhandlungsrunden zum Thema Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten statt: 18.-19. Juni in Washington, 17.-18. Oktober in Vaduz.

Ein Besuch von Botschafterin Claudia Fritsche im CIA-Hauptquartier diente in erster Linie einer allgemeinen Information über die Dachorganisation der gesamten US-Geheimdienste. Im Zusammenhang mit den Themen Bekämpfung von Terrorismus und dessen Finanzierung wurde die Zusammenarbeit mit der liechtensteinischen FIU ausdrücklich gelobt und verdankt.

Honorarkonsulate

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eröffnete zwischen dem 9. und 12. Juli die zwei ersten liechtensteinischen Honorarkonsulate in Macon/Georgia sowie in Los Angeles. In beiden Fällen war die Eröffnung mit einer Reihe von öffentlichen Auftritten von Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, mit einem Kulturprogramm sowie mit Begegnungen mit Lokalbehörden verbunden. Dr. Bruce Allen leitet das Honorarkonsulat in Georgia und Leodis Matthews jenes in Kalifornien. Dr. Allen hielt sich mit seiner Familie zum Staatsfeiertag in Liechtenstein auf, Leodis Matthews nahm am Liechtenstein Dialogue teil. Diese Besuche boten Gelegenheit für die beiden Honorarkonsuln, sich mit Liechtenstein besser vertraut zu machen.

In den sechs Monaten seit Errichtung der Honorarkonsulate reihten sich Dr. Allen und Leodis Matthews in den Kreis des bestehenden konsularischen Corps und dessen regelmässiger Zusammenkünfte ein, gaben Presseinterviews im Zusammenhang mit der Errichtung des Honorarkonsulats, hielten Vorträge über Liechtenstein und nahmen an diversen Anlässen kultureller und wirtschaftlicher Natur teil. Kontakte mit Hochschulen sollen zu gegebener Zeit einer Zusammenarbeit mit der Hochschule Liechtenstein dienen.

US-Regierung

Mit dem im US-Aussenministerium zuständigen Referatsleiter fand im Berichtsjahr regelmässig ein Gedankenaustausch über anstehende Themen statt. Regelmässige Kontakte bestehen des weiteren mit den für die liechtensteinischen Agenden zuständigen Beamten im Justiz- und fallweise Finanzministerium.

Die von Aussenministerin Dr. Condoleezza Rice eingerichtete Women's Empowerment Action Group traf sich im Berichtsjahr vierteljährlich. Botschafterin Claudia Fritsche leitete weiterhin die Untergruppe «Frauen, Frieden und Sicherheit» und legte ein Arbeitspapier zur verstärkten Berücksichtigung weiblicher Führungskräfte in den Bereichen Präventivdiplomatie, Friedenserhaltung und Konfliktlösung vor. Sie sprach im Rahmen der informellen thematischen Debatte der UNO-Generalversammlung in New York am 6. März zum Thema Frauenförde-

rung und begleitete Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zur Frühstücksveranstaltung, zu welcher Aussenministerin Dr. Condoleezza Rice am 28. September die Women Leaders Working Group, welche vor allem Aussenministerinnen umfasst, in New York eingeladen hatte. Gleichentags fand in der Residenz ein von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck gegebenes Abendessen für die Aussenministerinnen statt.

US-Kongress

Zum siebten Mal besuchte vom 22.-23. Februar auf Einladung der Industrie- und Handelskammer eine Gruppe von Abgeordneten des US-Kongresses Liechtenstein. Die fünf teilnehmenden Abgeordneten waren Congressman Jim Sensenbrenner (R-WI), Congressman Marc Souder (R-IN), Congressman Joseph Crowley (D-NY), Congressman Eliot Engel (D-NY) und Congressman Maurice Hinchey (D-NY). Im Rahmen der Arbeitssitzungen wurden einige anstehende Prioritäten des 110. Kongresses besprochen, des weiteren Aspekte der transatlantischen Beziehungen, die künftige Handelspolitik der USA sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und dessen Finanzierung.

Die Resolution zur Würdigung des 200. Jahrestages der liechtensteinischen Souveränität, welche aufgrund von Prioritätsverschiebungen im Zusammenhang mit den Kongress-Halbzeitwahlen im vergangenen Jahr nicht mehr verabschiedet werden konnte, wurde neu aufgelegt und vom U.S. Repräsentantenhaus am 18. Juni verabschiedet. Sie würdigt 200 Jahre Souveränität und unterstreicht die guten bilateralen Beziehungen. Haupteinbringer war Congressman Cliff Stearns, welcher im Jahr 2003 Liechtenstein im Rahmen des IMDI-Besuches kennengelernt hatte. Prominentester der insgesamt 33 Co-Sponsoren war Congressman Tom Lantos, Vorsitzender des aussenpolitischen Ausschusses. Resolution 233 ist eine symbolische Erklärung, welche keine gesetzlichen oder anderweitigen Auswirkungen hat. Obwohl die Botschaft auf den Text lediglich beschränkt Einfluss nehmen konnte, ist allein die Tatsache, dass eine solche Resolution mit freundlichen Kommentaren mehrerer Mitglieder des Kongresses verabschiedet werden konnte, ein Tribut an die guten Beziehungen mit dem US-Kongress.

Am 26. September wurde im Beisein von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck der «Congressional Friends of Liechtenstein Caucus» lanciert. Es gehören ihm mittlerweile 16 Mitglieder des Kongresses an. Die Botschaft bemüht sich, diesen Caucus zu vergrössern.

Öffentlichkeitsarbeit, Kultur, Bildung

Das zeitgenössische Kulturschaffen Liechtensteins konnte im Rahmen einer Ausstellung der Werke von Beate Frommelt und Barbara Bühler vom 7.-28. Februar im Goethe-Institut präsentiert werden. Damit zusammenhängend gab die Botschaft zwei Empfänge, welche der weiteren Liechtenstein-Darstellung dienten.

Am 5. März war im amerikanischen Fernsehsender CNBC «Liechtenstein-Tag». Interviews mit S.D. dem Erbprinzen sowie Vertretern von Politik und Wirtschaft wurden ganztags in verschiedenen Zeitabständen ausgestrahlt.

Am 7. März sprach Botschafterin Claudia Fritsche in Scottsdale, Arizona, vor der Jahresversammlung einer grossen Anwaltsvereinigung über Liechtenstein als Industriestandort und Finanzplatz.

In einem Vortrag sprach Botschafterin Claudia Fritsche am 5. April im Rahmen der jährlichen Botschafterinnenkonferenz an der Howard University in Washington über Herausforderungen der Diplomatie in einer zunehmend unbeständigen und interdependenten Welt.

Der jährliche Roundtable zu Finanz- und Währungsthemen des Europäischen Institutes in Washington widmete sich am 13. April dem Thema «Globale Finanzmärkte: auf Risiken reagieren und Vertrauen schaffen». Botschafterin Fritsche machte eine Präsentation.

Am 14. Mai traf die Botschafterin mit Mitgliedern der Aussenpolitischen Gesellschaft Liechtensteins zu einer Diskussionsrunde zusammen.

Erstmals wurde am 21. Juni ein «Biergarten-Abend» in der Residenz für Mitglieder des International Club of DC organisiert.

Am 19. Juli fand im Rahmen einer Abendveranstaltung für rund 80 Mitglieder der Smithsonian Associates ein Essen mit Verkostung von Weinen aus Wilfersdorf statt.

Bereits zum dritten Mal beteiligte sich die Botschaft zusammen mit Vertreterinnen der Schweizer Botschaft in Form eines Workshops am «German Day», welcher jedes Jahr Mitte Oktober am McDaniel-College in Maryland stattfindet.

Am 6. November fand zum vierten Mal das ursprünglich von Malta und Liechtenstein initiierte «Small States Poetry Reading» statt, diesmal im National Museum of Women in the Arts. 10 BotschafterInnen (Österreich, Slowenien, Bahrain, Bulgarien, Island, Malta, Monaco, Luxemburg, Zypern, Liechtenstein) lasen Gedichte weiblicher Autoren, vermittelten gleichzeitig Kurzinformationen über das jeweilige Land und sponserten den anschliessenden Empfang. Der liechtensteinische Beitrag war ein Gedicht von Cornelia Hofer.

Im Rahmen eines Vortrags vor dem Rotary Club Friendship Heights konnte die Botschafterin am 8. November über Liechtenstein als Industriestandort und Finanzplatz informieren.

Am 15. November organisierte das Institute on Religion and Public Diplomacy eine Paneldiskussion über Diplomatie in Washington. Die Botschafterin war als Panelistin eingeladen.

Ein erster offizieller Besuch im Bundesstaat Mississippi bot am 13. und 14. Dezember Gelegenheit, Liechtenstein in verschiedenen Zusammenhängen darzustellen. Ein Liechtenstein-Abend (und gleichzeitig Wohltätigkeitsveranstaltung für das Kinderspital in Jack-

son) mit Weinen der Hofkellerei, Vertretern von Hilti AG, Thyssen Krupp Presta und Neutrik wurde von der regionalen Presse (TV-Interview mit CF) kommentiert. Das Treffen mit der Präsidentin sowie weiteren Mitgliedern der Fakultät des Millsaps College diente der Vertiefung der bereits im Sommer durch einen Besuch bei der Hochschule Liechtenstein etablierten Kontakte. Eine konkrete Zusammenarbeit ist geplant, darunter ein Austausch von Studenten und Fakultät. Der erste Student der Hochschule Liechtenstein kommt im Frühjahr 2008 nach Jackson. Der Vortrag in einem der drei Rotary Clubs von Jackson, eine geführte Besichtigung des neuen Kunstmuseums sowie des durch die Veranstaltung unterstützten Krankenhauses und ein Treffen im Büro von Gouverneur Haley Barbour rundeten den Besuch ab.

Am 6. Dezember organisierte die Botschaft gemeinsam mit dem Center for Strategic and International Studies (CSIS) und dem Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) eine Paneldiskussion zum Thema Afghanistan. Der Anlass diente der besseren Bekanntmachung der Arbeit des LISD.

Besuche in Washington

Der Rotary Club Baden-Baden besuchte die Botschaft am 30. April und wurde über Liechtenstein informiert. An der Reise nach Washington hatten drei RotarierInnen aus Liechtenstein teilgenommen.

Dr. André Ritter und Frau Karin Ritter, Evangelische Kirche Liechtenstein, Gründer des Europäischen Instituts für interkulturelle und interreligiöse Forschung, trafen am 18. Mai im Rahmen eines von der Botschaft organisierten Essens mit Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften, NGO's und Vertretern der Georgetown University zusammen.

Vom 25.–27. September weilte Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Washington. Sie wohnte der Lancierung des «Congressional Friends of Liechtenstein Caucus» im US-Capitol bei, hielt Vorträge an zwei verschiedenen Universitäten, besuchte das Holocaust-Museum und traf im Rahmen von Mittag- und Abendessen mit führenden Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft zusammen.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der Botschaft war es, die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Im vergangenen Jahr fanden eine Reihe von hochrangigen Besuchen sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen gehörten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein sowie die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsangehöriger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft in Wien.

Staatsoberhäuptertreffen in Vaduz

Am 29. Oktober fand das traditionelle Treffen der Staatsoberhäupter aus Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein zum ersten Mal in Vaduz statt. Es wurde ein Gedankenaustausch über aktuelle innenpolitische Fragen, die Europapolitik und Fragen des interkulturellen Dialoges geführt.

Politische Gespräche in Alpach

Wie schon in den Jahren zuvor lud die liechtensteinische Regierung zu Beginn des Europäischen Forums in Alpach zum traditionellen Mittagessen ein. Am Rande der Veranstaltung wurde ein Memorandum of Understanding, welches die bilaterale Grundlage für eine engere Zusammenarbeit des Amts für Auswärtige Angelegenheiten und der Austrian Development Agency bei humanitären Hilfeleistungen festlegt, unterzeichnet.

Treffen auf Regierungsebene

Treffen mit der österreichischen Bundesregierung

Auf höchster Regierungsebene fanden zahlreiche Treffen zwischen Liechtenstein und Österreich in Vaduz und in Wien statt. Den Höhepunkt bildete dabei der Besuch von Bundeskanzler Gusenbauer am 17. Mai in Liechtenstein. Regierungschef Otmar Hasler führte in Wien ein Arbeitsgespräch mit Finanzminister Wilhelm Molterer zu den Themen Schengen und Finanzplatz. Regierungschef-Stv. Klaus Tschütscher traf sich in Wien mit Justizministerin Dr. Maria Berger zu einem Gespräch über die Entwicklung in den Bereichen Straf- und Zivilrecht sowie mit Vizekanzler Wilhelm Molterer zu bilateralen Gesprächen. Ebenfalls stand ein Gespräch mit Sportstaatssekretär Dr. Reinhold Lopatka über gemeinsame Projekte während der Weltgymnastrada und der EURO 08 auf dem Programm. Des Weiteren hielt er beim Verband der österreichischen Privatstiftungen einen Vortrag anlässlich der Veranstaltung «Revision des Stiftungsrechts – Reformvorhaben der liechtensteinischen Regierung» und nahm am ABGB-Symposium teil. Auf Einladung von Regierungschef-Stv. Tschütscher weilte der österreichische Staatssekretär für Sport, Lopatka, zu einem Gegenbesuch in Vaduz. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm in Wien am Jubiläums-Weltkongress der Vereinigung der Mund- und Fussmalenden Künstler teil. Weiters führte Regierungsrätin Kieber-Beck in Wien ein Arbeitsgespräch zu Kulturpolitischen Themen mit der österreichischen Kulturministerin Dr. Claudia Schmied. Regierungsrat Dr. Martin Meyer nahm an den Trauerfeierlichkeiten für Innenministerin Liese Prokop in Linz teil. Des Weiteren fanden in Wien Arbeitsgespräche mit

Innenminister Günther Platter über die bilaterale und überregionale Zusammenarbeit mit Österreich sowie ein Gespräch mit Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky über das Spitalwesen und grenzüberschreitende Kooperationsbereiche bei der Gesundheitsförderung statt. Ebenfalls traf sich Regierungsrat Meyer mit Verkehrsminister Werner Faymann zu einem Arbeitsgespräch über das S-Bahn Projekt Österreich – Liechtenstein - Schweiz. Die österreichische Gesundheitsministerin Dr. Andrea Kdolsky weilte für Arbeitsgespräche mit Regierungsrat Martin Meyer über Themen wie Nichtraucherschutz und Spitalwesen in Liechtenstein. In Vaduz fand ein trilaterales Treffen des österreichischen Verkehrsministers, Werner Faymann, des Schweizer Bundesrates Moritz Leuenberger und von Regierungsrat Martin Meyer statt. An dem Treffen ist der Vertrag über die Zusammenarbeit bei der weiteren Entwicklung des Eisenbahnwesens unterzeichnet worden. In Wien unterzeichnete Regierungsrat Meyer mit Innenminister Günther Platter eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Fragen aus Anlass der Fussball-EM 2008. Regierungsrat Hugo Quaderer nahm in Wien am Treffen der deutschsprachigen Umweltminister teil. Dabei hat auch ein Treffen mit der Bildungsministerin Dr. Claudia Schmied zu den Themen Berufsbildung und das liechtensteinische Schulsystem stattgefunden.

Treffen mit österreichischen Landesregierungen
Auf Einladung der Vorarlberger Landesregierung war die liechtensteinische Regierung im November in Schruns, Vorarlberg, zu Besuch. Im Rahmen des jährlich stattfindenden Arbeitstreffens wurden Themen wie Verkehr, Sicherheit und Soziales besprochen.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck besuchte die Landeshauptmannstellvertreterin Elisabeth Zanon in Innsbruck.

Treffen auf Beamtenebene

Der mittlerweile gut institutionalisierte Politische Dialog zwischen dem liechtensteinischen Amt für Auswärtige Angelegenheiten und dem Aussenministerium Österreichs auf der Ebene der Generalsekretäre fand ebenfalls wieder statt. Themen der Gespräche waren die EU, Internationale Zusammenarbeit, Schengen/Dublin und OSZE.

Kultur

Teilnahme Liechtensteins an der Moya-Europa-Ausstellung
Wie bereits im Vorjahr beteiligte sich Liechtenstein an der jährlich stattfindenden Europa-Ausstellung «Young Art Europe» des Museum of Young Modern Arts (Moya). Die Ausstellung soll jungen Kunstschaffenden aus verschiedenen europäischen Ländern eine Plattform bieten. Die Teilnahme der liechtensteinischen Künstlerin Beate Frommelt wurde durch die Förderung des Kulturbeirats der Regierung ermöglicht.

Österreich-Bibliotheken

Seit 2003 beteiligt sich die Botschaft mit einem eigenen Liechtenstein-Regal an den sogenannten Österreich-Bibliotheken, die sich überwiegend in mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern befinden. Auch im Jahr 2007 wurden die Liechtenstein-Regale der rund 50 am Projekt beteiligten Bibliotheken um ein neues Buch aus Liechtenstein erweitert. Es handelt sich um das Werk «Bergwelt Liechtenstein–Gipfel und Sprüche».

Liechtensteinische Botschaft und Mission in Brüssel

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Zusammenfassung
Das Berichtsjahr war für die Mission in Brüssel ein ereignisreiches Jahr: Liechtenstein hatte die EFTA-/EWR Präsidentschaft im ersten Halbjahr, die EWR-Erweiterung durch Bulgarien und Rumänien konnte nach schwierigen und verzögerten Verhandlungen vereinbart werden, wichtige neue Rechtsakte, wie eine neue Richtlinie zum Personenverkehr, wurden übernommen und Verhandlungen über ein Abkommen zur Betrugsbekämpfung im Finanzbereich zwischen Liechtenstein, der EU und ihren Mitgliedsstaaten begannen. Bei der Vorbereitung der Schengenassoziation gab es Verzögerungen auf EU-Seite, die bis Anfang Dezember 2007 andauerten. Ein Abkommen über den Einbezug Liechtensteins in das Landwirtschaftsabkommen der Schweiz mit der EU wurde abgeschlossen und trat in Kraft. Die Mission war auch in einer Reihe weiterer Aufgaben der liechtensteinischen Aussen- und Finanzpolitik einbezogen. Die verstärkte Hinwendung Islands und Norwegens zur EU führte auch zu grösseren Diskussionen über die Ausgestaltung der EFTA-/EWR- Institutionen.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

Die Umstände zu Beginn 2007 waren für die EWR-Zusammenarbeit schwierig: Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in den EWR konnte wegen blockierter Verhandlungen nicht rechtzeitig, d.h. gleichzeitig mit der Aufnahme in die EU bewerkstelligt werden. Dieses Problem führte auch zu weiteren Verzögerungen bei der EWR-Zusammenarbeit. So konnten zum Beispiel auch die umfangreichen neuen EU-Programme nicht zeitgemäss verabschiedet werden. Erst im Verlauf der zweiten Hälfte der liechtensteinischen EFTA-/EWR Präsidentschaft konnten diese Probleme gelöst werden und der Vertrag für die EWR-Erweiterung im Juli unterzeichnet werden. Im zweiten Halbjahr konnten dann auch die

Unionsbürgerschaftsrichtlinie sowie die Richtlinie zur Reduktion des CO2 Ausstosses – zwei wichtige Richtlinie mit mehrjähriger Verhandlungsdauer – verabschiedet werden.

Ansonsten funktionierte der EWR gut und die Übernahme von neuem Binnenmarktrecht konnte nach den Verzögerungen Anfang des Jahres ohne grössere Rückstände erledigt werden. Die liechtensteinische Umsetzungsquote bei der Ausgestaltung von EWR-Vorschriften in nationales Recht konnte verbessert werden.

Stark beansprucht wurde die Mission auch bei der Ausgestaltung und Kontrolle der so genannten Kohäsionszahlungen der EWR-/EFTA Staaten von denen benachteiligte Regionen in der EU profitieren. Durch die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in das System waren wiederum neue Vereinbarungen notwenig. Das Büro zur Verwaltung dieses Finanzmechanismus wurde vergrössert. Gesamthaft arbeiten über 100 Personen in den EFTA-EWR Institutionen, was für die Missionen auch entsprechende Leitungsfunktionen mit sich bringt.

Bei der Vorbereitung der Assoziation Liechtensteins zum Rechtsbestand von Schengen und Dublin kam es wegen Verzögerungen auf der EU-Seite zu wenigen Fortschritten. Erst Ende des Berichtjahres konnte die Unterzeichnung auf Anfang 2008 terminisiert werden.

Intensiv begann im zweiten Halbjahr die Verhandlung für ein Abkommen zur Betrugsbekämpfung zwischen Liechtenstein, der EU und ihren Mitgliedsstaaten. Die vorgesehene Zusammenarbeit soll die finanziellen Interessen der Vertragspartner insbesondere im Bereich der öffentlichen Abgaben schützen, wobei sowohl indirekte als auch direkte Steuern umfasst werden sollen. Nachdem die Verhandlungen zügig vorankommen, wird deren Abschluss im ersten Halbjahr 2008 ins Auge gefasst.

Die Verhandlungen über ein Protokoll für den Beitritt Liechtensteins zum Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der EU konnten abgeschlossen und das Abkommen in Kraft gesetzt werden.

Die Zusammenarbeit mit der EU war aber auch über die Vertrags- Verwaltung und- Verhandlungen intensiv: So beteiligt sich Liechtenstein regelmässig an einem Dialog über allgemeine aussenpolitische Fragen mit der EU und es wurde auch an einer Reihe von Treffen auf Regierungsebene teilgenommen. Insbesondere erwähnt seien die Sitzungen des EWR-Rates an denen Regierungsrätin Rita Kieber-Beck Liechtenstein vertrat sowie das Treffen der EFTA-Minister mit den Wirtschafts- und Finanzministern der EU (ECOFIN) an der Vizeregierungschef Dr. Klaus Tschütscher teilnahm.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Dr. Daniel Ospelt

Wichtige Ereignisse in der Berichtsperiode waren die 117. Session der Aussenminister am 10.-11. Mai in Strassburg, die Unterzeichnung einer Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Europarat und der EU sowie die Aufnahme der Republik Montenegro in den Europarat.

Am 11. Mai ging der halbjährliche Vorsitz im Ministerkomitee von San Marino auf Serbien über. Am 12. November übergab Serbien den Vorsitz an die Slowakei.

Zu den Prioritäten des sanmarinesischen Vorsitzes zählten die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs, die Förderung der Menschenrechte durch verbesserte Kontrolle im Rahmen der Menschenrechtskonvention sowie eine enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen.

In Übereinstimmung mit den Werten des Europarats waren die Schwerpunkte der serbischen Präsidentschaft der Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einschliesslich des Schutzes der Minderheiten, Kampf gegen Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel und Korruption sowie das Engagement für ein Europa mit menschlichem Angesicht, sozialen Zusammenhalt mit mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung, z.B. durch politische Bildung. Am 21. Juni fand die 1000. Ministerkomiteesitzung auf Botschafterebene in Belgrad statt.

Ministertreffen/Konferenzen

117. Session des Ministerkomitees am 10.–11. Mai

Im Mittelpunkt der 117. Ministersession am 10.-11. Mai, an welcher Aussenministerin Rita Kieber-Beck teilnahm, stand die Umsetzung der Beschlüsse des 3. Gipfeltreffens in Warschau im Mai 2005. Auf der Grundlage von Berichten der Ständigen Vertreter erörterten die Minister die Beziehungen zwischen dem Europarat und der Europäischen Union, die Stärkung des Systems zum Schutz der Menschenrechte sowie die Arbeiten zum interkulturellen Dialog und Fortschritte bei der Strukturreform der Organisation.

Die Minister begrüssten die Unterzeichnung einer Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Europarat und der EU, die einen neuen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit beider Organisationen bildet.

Die Minister befassten sich auch mit den Empfehlungen des Luxemburger Ministerpräsidenten Juncker und beschlossen insbesondere, gemäss Empfehlung Nr. 12 das Verfahren zur Ernennung des Generalsekretärs zu überarbeiten.

Zu Beginn der Ministersession wurde die Republik Montenegro als 47. Mitgliedsstaat in den Europarat aufgenommen.

Am 4.-5. Mai fand die 22. Europäische Bildungsministerkonferenz in Istanbul statt. Es wurden bildungspolitische Massnahmen erörtert, um jedem, bereits von Kindesalter an, die Möglichkeit zu geben, besser in die Gesellschaft integriert zu werden. Insbesondere wurden dabei die Rechte der Kinder auf Zugang zur Bildung, Massnahmen zur Förderung von sozialem Zusammenhalt sowie lebenslangem Lernen diskutiert. Es wurde eine Erklärung verabschiedet, die für alle den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen fordert, die Beteiligung der Eltern und des gesamten gesellschaftlichen Umfelds betont und die Rechte der Kinder gemäss den europäischen und internationalen Abkommen gewährleistet. Liechtenstein war durch Regierungsrat Hugo Quaderer und den Leiter des Schulamts, Guido Wolfinger, vertreten.

14. Jahressession des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) hielt seine Jahrestagung vom 30. Mai bis 1. Juni in Strassburg. Themen waren u. a. die 50 Jahrfeier der Befassung des Europarats mit der Demokratie auf Gemeindeebene, eine neue Kongress-Charta, die Einführung einer Europäischen Woche der kommunalen Demokratie, eine europäische Politik für Innovation und gute Verwaltung auf Gemeindeebene, die Europäische Ministerkonferenz für kommunale und regionale Gebietskörperschaften im Oktober 2007 in Valencia, der Status von Hauptstädten, der Klimawandel, die Zusammenarbeit im Bereich der Kommunalverwaltung mit Marokko, Japan und Mexiko sowie Berichte über die Demokratie auf Gemeindeebene in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien sowie Japan.

Regierungsrat Dr. Martin Meyer nahm am 30. Mai Stellung zum Bericht des Kongresses über Liechtenstein, der 2006 an der 13. Plenarsitzung verabschiedet worden war. Er berichtete über die verschiedenen Gesetzesanpassungen, die in der Zwischenzeit verabschiedet oder zumindest eingeleitet wurden.

Neben dem Dialog mit dem Kongress traf Regierungsrat Dr. Martin Meyer den Generalsekretär des Europarats, Terry Davis, und den Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung, Mateo Sorinas, zu Gesprächen. Ein Besuch beim Gerichtshof und bei Richter Mark Villiger bildete den Abschluss seines Aufenthalts in Strassburg.

Teilnahme an Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden neben der 117. Ministersession am 10.-11. Mai in Strassburg 31 Sitzungen des Ministerkomitees auf Botschafterebene, einschliesslich der Sitzungen zu Menschenrechtsfragen statt.

Zudem gab es 106 Treffen von Arbeitsgruppen des Ministerkomitees. Der Ständige Vertreter nahm - soweit wie möglich - regelmässig an folgenden Sitzungen teil:

– Berichterstattergruppe Demokratie(GR-DEM)
– Berichterstattergruppe Aussenbeziehungen (GR-EXT)
– Berichterstattergruppe Menschenrechte (GR-H)
– Ad-hoc-Arbeitsgruppe institutionelle Reformen (GT-REF.INST)
– Berichterstattergruppe administrative und budgetäre Fragen (GR-AB)
– Liaisonkomitee mit dem Gerichtshof (CL-CEDH)

Der Ständige Vertreter nahm weiters an Sitzungen des Aufsichtsrats und des Verwaltungsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris teil.

Auf Einladung der serbischen Regierung fand die 1000. Ministerkomiteesitzung auf Botschafterebene am 22. Juni in Belgrad statt, an welcher der Ständige Vertreter teilnahm. Es sprachen Aussenminister Vuk Jeremic als amtierender Vorsitzender des Ministerkomitees sowie Präsident Boris Tadic. Nach einem Meinungsaustausch über Demokratie und Menschenrechte in Europa wurde eine Erklärung «One Europe - Our Europe» verabschiedet.

Im Berichtsjahr nahmen liechtensteinische Experten an 33 Sitzungen von Expertenausschüssen des Europarats sowie an 9 Sitzungen aufgrund von Teilabkommen des Europarats teil. Lic. iur. Harry Gstöhl wurde als Vertreter Liechtensteins in die Venedig-Kommission delegiert, die sich mit Verfassungsfragen befasst.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Der neue Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Jean-Paul Costa aus Frankreich, begann seine dreijährige Amtszeit am 19. Januar 2007. Der bisherige Präsident, Luzius Wildhaber, musste aus Altersgründen am 18. Januar 2007 zurücktreten.

Der Jahresbericht des Gerichtshofs für 2007 zeigt eine enorme Arbeitsbelastung. Der Gerichtshof hatte eine Flut von Beschwerden zu bewältigen. 2007 waren 41 700 neue Beschwerden eingegangen, 6 % mehr als 2006. Die Gesamtzahl der anhängigen Fälle stieg von 90 000 Fällen in 2006 auf 103 000 Fälle in 2007. Der Gerichtshof erliess 1503 Urteile, während es in 2006 1 560 Urteile waren.

Die meisten Beschwerden – rund 20 300 – betrafen Russland. Das Land, das am zweitstärksten betroffen war, war die Türkei mit über 9000 Beschwerden. Gegen Rumänien waren ca. 8000 Beschwerden anhängig, gegen Deutschland knapp 2500.

Gegenüber Liechtenstein waren in 2007 fünf Beschwerden anhängig, drei wurden als unzulässig abgewiesen. Urteile ergingen keine gegen Liechtenstein.

Eine der grössten Enttäuschungen für den Gerichtshof im vergangenen Jahr war wohl, dass Russland das Prot. 14 zur EMRK nicht ratifizierte, womit dieses nicht in Kraft treten konnte.

Damit wurde ein ganzes Paket von Massnahmen zur Beschleunigung des Verfahrens vor dem Gerichtshof verhindert. Viele Richter müssen nun ersetzt werden, deren Mandat ansonsten noch zwei bis drei Jahre verlängert worden wäre.

Die vom Warschauer Gipfel mit Reformvorschlägen zum Gerichtshof betraute sogenannte Gruppe der Wei-

sen hatte ihren Bericht Ende 2006 vorgelegt. Am 17. Januar 2007 befasste sich das Ministerkomitee mit den Reformvorschlägen, leitete sie der Parlamentarischen Versammlung zu und wies den Lenkungsausschuss für Menschenrechte an, die Vorschläge näher zu prüfen.

Die Gruppe der Weisen hatte zur Entlastung des Gerichtshofs unter anderem Folgendes vorgeschlagen:
– Einsetzung eines gesonderten Richterausschusses zur Entscheidung über die Zulässigkeit von Beschwerden und einfach gelagerte Fälle;
– bessere Bekanntmachung der Rechtsprechung des Gerichtshofs in den Mitgliedsstaaten;
– engere Zusammenarbeit des Gerichtshofs mit den nationalen obersten Gerichten und die Möglichkeit für diese, Strassburg um Gutachten zu bitten;
– Verlagerung der Abhilfe bei zu langer Untersuchungshaft und überlangen Gerichtsverfahren auf die nationalen Stellen;
– Festsetzung von Entschädigung bei von Strassburg festgestellten Menschenrechtsverletzungen durch nationale Gerichte statt durch Strassburg;
– Erklärung bestimmter Entscheidungen als Urteile mit Modellcharakter nebst Fristsetzung für den betroffenen Staat, durch Änderung der Gesetzeslage und Verwaltungspraxis weiteren Beschwerdefällen gleicher Art vorzubeugen;
– verstärkte Bemühungen um eine aussergerichtliche Einigung;
– aktivere Rolle des Menschenrechtskommissars;
– stärkere Stellung des Gerichtshofs in Budgetfragen und Sozialversicherung seiner Richter.

Das Inkrafttreten von Prot. 14 zur EMRK ist Voraussetzung für die von der Gruppe der Weisen vorgeschlagenen Reformen.

Partnerschaftsvereinbarung Europarat – EU

Im Mai kam es nach langen Vorarbeiten zur Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Europarat und der EU, die allerdings recht allgemein gehalten ist und die Art und Weise der Zusammenarbeit in Bereichen «von gemeinsamen Interesse» beinhaltet.

Als gemeinsame Schwerpunkte nennt die Vereinbarung:
– Schutz der Menschenrechte;
– Rechtsstaatlichkeit, Zusammenarbeit im Rechtsbereich und Reaktion auf neue gesellschaftliche Herausforderungen;
– Demokratie sowie ordentliches Regieren und saubere Verwaltung;
– demokratische Stabilität;
– interkultureller Dialog und kulturelle Vielfalt;
– Bildungswesen, Jugendfragen und zwischenmenschliche Kontakte;
– sozialer Zusammenhalt.

Die Einzelheiten der Zusammenarbeit sollen durch regelmässige Kontakte auf politischer und technischer Ebene festgelegt werden. Besonders hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit folgender Gremien der beiden Organisationen:
– Ministerkomitee und EU-Ministerrat;
– Parlamentarische Versammlung und Europäisches Parlament;
– Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats und Regionalausschuss der EU;
– Menschenrechtskommissar, Antifolter-Ausschuss (CPT), Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und entsprechende EU-Gremien.

Auch die Fachministerkonferenzen und Teilabkommen des Europarats sollen einbezogen werden.

Kooperationsvereinbarung zwischen der PV und dem EU-Parlament

Am 28. November unterzeichneten René van der Linden als Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und Hans-Gert Pöttering als Präsident des Europäischen Parlaments eine förmliche Vereinbarung über verstärkte Zusammenarbeit der beiden Versammlungen.

Es wurde Folgendes vereinbart:
– Regelmässige Treffen der beiden Präsidenten;
– Mindestens einmal jährlich eine gemeinsame Sitzung der Konferenz der Präsidenten und des Präsidentenausschusses;
– Aufforderung zur Zusammenarbeit an die jeweiligen Ausschüsse und ihre Vorsitzenden und zur Prüfung evtl. gemeinsamer Arbeiten, wie gegenseitige Einladung der Berichterstatter, gemeinsame Anhörungen, gegenseitige Information;
– Hinweise auf einschlägige Arbeiten der anderen Versammlung in allen Unterlagen;
– Gegenseitige Einladungen zu wichtigen Veranstaltungen;
– Fortsetzung der guten Zusammenarbeit bei Wahlbeobachtungen;
– Regelmässige Treffen von ranghohen Sekretariatsbeamten.

Schwarze Listen des UNO-Sicherheitsrats und der EU

Aufgrund eines Berichts des Schweizers Dick Marty verabschiedete der Rechts- und Menschenrechtsausschuss der Parlamentarischen Versammlung am 12. November einen Resolutionsentwurf zur Verurteilung von UNO- und EU-Verfahren, mit denen Einzelpersonen und Unternehmen, die der Verbindung zu Terroristen verdächtigt werden, auf Schwarze Listen gesetzt wurden, was weltweite Einreiseverbote und Sperrung ihrer Konten zur Folge hatte. Nach Meinung des Ausschusses verstossen solche «Schwarze Listen» gegen die Menschenrechtskonvention und sind der UNO und der EU unwürdig.

Die Mitgliedsstaaten des Europarats, die zugleich der Europäischen Union und dem UN-Sicherheitsrat angehören, werden u.a. aufgefordert, entsprechende nationale Verfahren oder Gemeinschaftsverfahren zur Umsetzung von Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats oder der EU einzurichten und eine Beschwerdeinstanz vorzusehen.

Ein gleichfalls verabschiedeter Empfehlungsentwurf sieht vor, dass das Ministerkomitee sich der Sache annehmen und den UNO-Sicherheitsrat und die Europäische Union bitten möge, das bestehende Sanktionenregime zu überprüfen und prozedurale und substantielle Verbesserungen vorzunehmen und alle Mitgliedsstaaten aufzufordern, gegenüber UNO und EU auf Revision dieses Verfahrens zu dringen.

Die Parlamentarische Versammlung hat den Marty-Bericht anlässlich der Januarsession am 23. Januar 2008 erörtert und die Resolution und Empfehlung genehmigt.

Europäischer Tag gegen die Todesstrafe am 10 .Oktober
Das Ministerkomitee beschloss am 26. September, den 10. Oktober als «Europäischen Tag gegen die Todesstrafe» einzuführen. Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgedrückt, dass sich die Europäische Union dieser Initiative anschliessen möge, was zwischenzeitlich geschehen ist.

An einer vom Europarat, der portugiesischen EU-Präsidentschaft und der Europäischen Kommission gemeinsam veranstalteten Konferenz am 9. Oktober in Lissabon bekräftigte der Europarat seine Entschlossenheit zur Abschaffung der Todesstrafe und forderte ein weltweites Moratorium für die Todesstrafe.

Anti-Folter-Ausschuss (CPT) in Liechtenstein
Wie zuvor schon 1993 und 1999 hielt sich eine Delegation des CPT vom 5. bis 9. Februar zum Besuch in Liechtenstein auf. Neben Gesprächen mit den Ressortinhabern Justiz, Inneres und Soziales sowie verschiedenen Beamten besuchte die CPT-Delegation die Landespolizei, das Gefängnis, die Flüchtlingshilfe, das Spital in Vaduz (Sicherheitsraum), das Alters-/Pflegeheim in St. Mamertus/Triesen sowie den Grenzposten in Schaanwald.

Der Besuch wurde vom Ausschuss insgesamt positiv bewertet und die Zusammenarbeit mit den liechtensteinischen Behörden als exzellent angesehen. Der Bericht des CPT enthält einige Anregungen, aber keine schwerwiegenden Beanstandungen.

Moneyvalsitzung – Finanzplatz Liechtenstein
Vom 10. bis 14. September fand die Plenarsitzung des Moneyval-Ausschusses des Europarats statt, an welcher auch der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erstellte Evaluationsbericht über Liechtensteins Massnahmen gegen Geldwäsche und Finanzierung von Terrorismus erörtert wurde. Der Bericht würdigte insgesamt die in den letzten Jahren unternommenen Bemühungen Liechtensteins auf diesem Gebiet, wenn auch Empfehlungen zur Verschärfung der geltenden Bestimmungen ausgesprochen wurden.

ECRI in Liechtenstein
Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) besuchte am 25.–27. September 2007 Liechtenstein nach 1998 und 2002 zum dritten Mal. ECRI hat den Berichtsentwurf am 14. Dezember verabschiedet. Der definitve Bericht wird voraussichtlich im Frühjahr 2008 im Ministerkomitee behandelt.

Freiwillige Beiträge
Liechtenstein unterstützte mit freiwilligen Beiträgen den Europarat für die Durchführung der Wahlbeobachtung bei den Parlaments- und Gemeindewahlen im Kosovo (10 000 EUR), die Gründung eines Büros für kommunale Sebstverwaltung (sog. Local Democracy Agency) in Shkodra/Albanien (25 000 EUR), den Aufbau eines Zentrums zum Schutz der Rechte von Behinderten im Amt des Ombudsmanns in Tiblisi/Georgien (20 000 EUR) und die Georgischen Akademie für politische Bildung für ein Seminar über politische Kultur in Tbilisi/Georgien (15 000 EUR). Die freiwilligen Beiträge beliefen sich auf insgesamt 70 000 EUR.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung setzte ihr aktives Engagement in diversen formellen und informellen UNO-Gremien in New York fort, unter besonderer Berücksichtigung finanzplatzrelevanter Entwicklungen (v.a. Finanzsanktionen des Sicherheitsrates) und der aussenpolitisch prioritären Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) und humanitäre Hilfe. Höhepunkte im Jahr 2007 waren insbesondere die Präsentation eines von den Botschaftern Liechtensteins und Chiles im Auftrag des Präsidenten der Generalversammlung ausgearbeiteten Berichts mit Vorschlägen zur Sicherheitsratsreform, ein von Liechtenstein organisierter Workshop zur Verbesserung der Verfahrensgarantien bei Sanktionenlisten, die von der Vertretung organisierte US-Premiere des Films «Darfur Now» sowie die Wahl von Botschafter Wenaweser zum Präsidenten der Versammlung der ICC-Vertragsstaaten für die Jahre 2008-2010.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen
Die Vertretung setzte ihr Engagement zur Wahrung der Verfahrensrechte von Personen, die vom Sicherheitsrat auf Sanktionenlisten gesetzt werden, fort. Am 8. November organisierte die Vertretung einen Workshop gemeinsam mit Dänemark, Schweden und der Schweiz zur Präsentation eines Diskussionspapiers, das die Einrichtung eines unabhängigen «Review Panels» vorsieht, welches Anträge auf Streichung von den entsprechenden Listen prüft. Der Initiative wurde grosse Aufmerksamkeit zuteil,

nicht zuletzt aufgrund nachfolgender Entwicklungen im Europarat und an europäischen Gerichten, die die Stossrichtung des Vorschlags unterstützen. Die Vertretung wurde auch mit einem konkreten Fall eines Delisting-Gesuchs befasst, das letztlich die Zustimmung des Sicherheitsrates erlangte.

Das «Counter-Terrorism Committee» (CTC) des Sicherheitsrates setzte den Dialog mit Liechtenstein über die Umsetzung der Antiterrorismus-Standards des Sicherheitsrates fort und bat zu einigen Detailbereichen um detailliertere Informationen. Liechtenstein wird diese im Laufe des Jahres 2008 liefern. Insgesamt lässt sich aus der Art und Zahl der Fragen des Ausschusses schliessen, dass Liechtenstein diese Standards im Wesentlichen zufriedenstellend umsetzt.

Liechtenstein lieferte weiters dem Ausschuss des Sicherheitsrates nach Resolution 1540 aktualisierte Informationen über die Umsetzung von Massnahmen, die der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (WMD) durch nichtstaatliche Akteure vorbeugen sollen.

Im Rahmen des 3. Ausschusses der UNO-Generalversammlung beteiligte sich die Vertretung aktiv an den Verhandlungen der Resolutionen zur Verbrechensbekämpfung sowie der Bekämpfung der Korruption.

Menschenrechte

Liechtenstein brachte sich in den Verhandlungen zu diversen Resolutionen, etwa der erstmals aufgelegten Resolution zu Vergewaltigung, mit eigenen Textvorschlägen ein und beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen zur Resolution über die Situation von intern Vertriebenen sowie einer historischen Resolution über die Einführung eines Moratoriums für die Todesstrafe, die im 3. Ausschuss verabschiedet wurden. Der Ausschuss beauftragte ausserdem den UNO-Generalsekretär, eine/n Sonderbeauftragte/n für Gewalt gegen Kinder zu ernennen. Liechtenstein engagierte sich ebenso für eine Verabschiedung der Indigenenerklärung, welche von der Generalversammlung mit grosser Mehrheit verabschiedet wurde. Die Ständige Vertretung organisierte eine gut besuchte Panel-Diskussion zu Terrorismus und Menschenrechte.

Liechtenstein beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen über die Modalitäten der Sondersession der Generalversammlung über die 5-Jahres-Überprüfung der Resultate des Gipfeltreffens zu den Kinderrechten von 2002.

Der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) behandelte den 2. und 3. Länderbericht Liechtensteins.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit/ICC

Das starke Engagement zu völkerrechtlichen Themen fand im Jahr 2007 einen neuen Höhepunkt: Am 13. Dezember wählte die Versammlung der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofes Botschafter Christian Wenaweser zum Präsidenten für die nächsten drei Jahre. Botschafter Wenaweser behält ausserdem weiterhin den Vorsitz in der Sonderarbeitsgruppe zur Definition des Verbrechens der Aggression (bzw. des Aggressionskrieges). Dazu wurde ein weiteres, sehr erfolgreiches ausserordentliches Treffen am Liechtenstein Institute for Self-Determination der Universität Princeton organisiert, welches weitere Fortschritte in den Verhandlungen brachte. Seit Februar 2007 hält Liechtenstein ausserdem den Vorsitz in der informellen Staatengruppe der «Freunde des ICC» in New York. Die Ständige Vertretung organisierte die US-Premiere der Dokumentation «Darfur Now» im Auditorium des UNO-Hauptquartiers, in Anwesenheit des Regisseurs Ted Braun und von ICC-Ankläger Moreno Ocampo. Unter den Gästen befand sich auch eine Reihe von Hollywood-Grössen, darunter Angelina Jolie und Brad Pitt.

Im Rahmen der Generalversammlung wird Liechtenstein stark mit dem Thema «Rechtsstaatlichkeit» identifiziert, unter anderem aufgrund der liechtensteinischen Koordinationsrolle in den Verhandlungen der Resolution zu diesem Thema im Rechtsausschuss. Liechtenstein beteiligte sich erneut aktiv an den Verhandlungen über eine umfassende Terrorismus-Konvention, welche seit einigen Jahren aufgrund der problematischen «Definition» von Terrorismus blockiert sind: Der Weg zu einer Lösung, etwa auf der Basis des liechtensteinischen Kompromissvorschlags aus dem Jahr 2005, ist jedoch noch lang. Weitere Schwerpunkte im Rechtsausschuss waren eine Resolution über die strafrechtliche Verantwortlichkeit des UNO-Personals bei Feldeinsätzen sowie die Reform des UNO-internen Justizsystems.

UNO-Reform

Bemühungen im Bereich der UNO-Reform wurden fortgesetzt. Der Reformprozess kam jedoch nur schleichend voran. Die Ständige Vertretung konzentrierte ihren Einsatz zunächst auf die Initiative der sogenannten «S-5» (Costa Rica, Jordanien, Liechtenstein, Singapur, Schweiz) zu den Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates. Liechtenstein, gemeinsam mit Chile, wurde beauftragt, einen Bericht zum Thema Erweiterung des Sicherheitsrates auszuarbeiten. Diese Vorschläge wurden positiv aufgenommen. Die Verhandlungen zur systemweiten Kohärenz, die eine verbesserte Koordination der UNO-Aktivitäten im Entwicklungs-, humanitären- und Umweltbereich bezwecken wurden weitergeführt. Liechtenstein trat dabei u.a. für bessere Koordination für den Schutz von intern Vertriebenen und für eine besser integrierte Struktur zur Förderung der Frauenrechte ein.

Bei den Verhandlungen über die weitere Ausgestaltung des Menschenrechtsrats in Genf hat sich Liechtenstein erfolgreich eingebracht. Die liechtensteinische Idee der «Troikas», das heisst der Auswahl von je drei Ratsmitgliedern, welche für die Durchführung der «Universal Periodic Review» (UPR) eines bestimmten Landes federführend sind, wurde vom Rat als ein zentrales Element der UPR übernommen.

Generalversammlung

Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs
Am 24. September nahm Regierungschef Otmar Hasler am UNO-Klimagipfel teil. Am Rande der Plenumsdebatte traf sich der Regierungschef mit Bundesrat Moritz Leuenberger, dem südkoreanischen Premierminister, dem mexikanischen Umweltminister sowie dem monegassischen Aussenminister – («Environmental Integrity Group») zu einem Meinungsaustausch zu den Verhandlungen über das internationale Regime gegen den Klimawandel, welches nach Ablauf des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 in Kraft treten soll.

Generaldebatte
Vom 25. September bis 3. Oktober 2007 fand die Generaldebatte der 62. GV-Session unter dem Motto «Reagieren auf den Klimawandel» statt. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck forderte in ihrer Rede unter anderem die Fortführung der Sicherheitsratsreform und begrüsste die Befassung des Internationalen Strafgerichtshofs mit der Situation in Darfur als historische Entscheidung. Neben dem offiziellen Thema nahmen die UNO-Reformen, insbesondere die Sicherheitsratsreform, Massnahmen zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele sowie die Situation in Darfur und im Nahen Osten breiten Raum in den Reden ein.

Neben einem Höflichkeitsbesuch beim GV-Präsidenten Srgjan Kerim standen bilaterale Termine mit Andorra, Island, Bosnien-Herzegowina und Moldawien auf dem Programm. Des Weiteren nahm die Ressortinhaberin am Frühstückstreffen der «Women Leaders' Working Group» teil und unterzeichnete die Konvention gegen Erzwungenes Verschwindenlassen (CED). Zum Abschluss des Aufenthalts versammelte sie die in New York anwesenden Aussenministerinnen zu einem Dinner in der liechtensteinischen Residenz.

Arbeit in Ausschüssen
Neben den prioritären Arbeiten zu den Bereichen Menschenrechte und Völkerrecht im 3. bzw. 6. Ausschuss verfolgte die Vertretung auch die Arbeiten anderer Ausschüsse. Im 1. Ausschuss (Abrüstung) wurde eine Expertengruppe beauftragt, Vorschläge für eine Verbesserung der Transparenz im konventionellen Rüstungsbereich auszuarbeiten. Die Empfehlung der Expertengruppe zur Bekämpfung illegaler Vermittlung von Kleinwaffen (brokering) wurde vom Ausschuss gutgeheissen. Der 2. Ausschuss (Wirtschaft, Entwicklung, Umwelt) befasste sich prominent mit der Verabschiedung von Resolutionen zum Klimaschutz, zu Handel und Entwicklung, zur Auslandverschuldung sowie zur Vorbereitung der Follow-up-Konferenz in Doha über die Entwicklungsfinanzierung. Im 5. Ausschuss (UNO-Budget und Administration) wurde das Budget der kommenden beiden Finanzjahre zum ersten Mal seit 20 Jahren nicht im Konsens, sondern mit der Gegenstimme der USA beschlossen. Beschlossen wurde weiters eine neue Strategie zur schnelleren Renovierung des UNO-Hauptquartiers in New York.

Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

Liechtenstein Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses (ECOSOC)
Die Generalversammlung wählte Liechtensteins für das Jahr 2008 erstmals in den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), einem von sechs UNO-Hauptorganen. Zu dessen Aufgaben gehört die internationale Zusammenarbeit zur Förderung des Fortschritts auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Erziehung sowie der Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Der ECOSOC besteht aus 54 von 192 Mitgliedstaaten. Liechtenstein nimmt aufgrund einer Rotationsschema der westlichen Staaten Einsitz im ECOSOC.

Sicherheitsrat

Ländersituationen
Der Sicherheit befasste sich im Jahr 2007 unter anderem mit Darfur, Afghanistan, Iran, dem Israel-Palästina-Konflikt, Kosovo, Libanon, Myanmar, Somalia und der West Sahara. Er beschloss Sanktionen gegen die Nuklearindustrie Irans und erteilte der Afrikanischen Union (AU) das Mandat zur Entsendung einer Friedenstruppe für Somalia (AMISON), um damit in dem durch Bürgerkrieg und Chaos verwüsteten Land einen politischen Dialog sowie die Verteilung von Hilfsgütern zu ermöglichen. Die sudanesische Regierung gab dem internationalen Druck des Sicherheitsrates nach und stimmte der Stationierung einer von UNO und AU gemeinsam geführten Friedenstruppe zu. Knapp 20 000 Soldaten sollen in Darfur für Sicherheit sorgen, doch erwies sich die sudanesische Regierung bei der Umsetzung des Plans als wenig kooperativ. Der Resolutionsentwurf über den künftigen völkerrechtlichen Status des Kosovos wurde aufgrund der Veto-Drohung Russlands im Sicherheitsrat zurückgezogen. Der Sicherheitsrat beschloss die Einrichtung des internationalen Tribunals zur Untersuchung des Mordes am früheren libanesischen Regierungschefs Hariri.

Thematische Schwerpunkte
Erstmals befasste sich der Sicherheitsrat mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit. Im Mittelpunkt der thematischen Aktivitäten des Sicherheitsrates stand jedoch weiterhin die Terrorismusbekämpfung. Alle drei Monate finden entsprechende Briefings der Vorsitzenden aller einschlägigen Ausschüsse des Sicherheitsrates statt (Counter-Terrorism Committee, Taliban/Al-Qaida-Sanktionenausschuss, Ausschuss betreffend Massenvernichtungswaffen). Liechtenstein beteiligt sich an diesen Debatten regelmässig und betont dabei insbesondere die Notwendigkeit, im Rahmen dieser Massnahmen die Verfahrensrechte der betroffenen Personen zu wahren. Ausserdem brachte sich Liechtenstein an den Debatten zu den Themen «Frauen, Frieden und Sicherheit» (betreffend die Stärkung der Rolle von Frauen in

Friedensprozessen), sowie an Debatten über den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und die Stärkung des Völkerrechts durch den Sicherheitsrat ein.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit erster Priorität wurden dabei bisher die EFTA- und WTO-Agenden bearbeitet. Infolge der Gründung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf im Jahr 2006 wurden die Aktivitäten der Mission in diesem Bereich im vergangenen Jahr weiter ausgebaut.

Liechtenstein hatte im ersten Halbjahr 2007 den EFTA-Vorsitz in Genf inne. In dieser Periode bildeten die EFTA (in Genf) und deren Tätigkeiten, v.a. im Drittlandbereich, den Schwerpunkt der Aktivitäten der Ständigen Mission. Zusätzlich nahmen die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen sowie die Durchführung des EFTA-Ministertreffens vom 28./29. Juni 2007 in Vaduz die Personalressourcen der Mission sowie der zuständigen Stellen in Vaduz erheblich in Anspruch.

In Bezug auf die WTO befasste sich die Ständige Mission vor allem mit der neuen Welthandelsliberalisierungsrunde, die im November 2001 in Doha/Katar lanciert worden war. Nachdem die Verhandlungen im Jahr 2006 teilweise suspendiert wurden, konnten sie im vergangenen Jahr wieder aufgenommen werden. Hauptstreitpunkt waren jedoch immer noch die Agrarverhandlungen. Die Doha-Runde konnte trotz intensiver Verhandlungen im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden.

In Bezug auf die UNO und andere internationale Organisationen in Genf waren der Menschenrechtsrat und die Teilnahme an dessen regulären und ausserordentlichen Sessionen die zentralen Themen. Weitere wichtige Ereignisse im Berichtsjahr waren die Teilnahme an der internationalen Rotkreuzkonferenz in Genf sowie die Teilnahme an diversen Vertragsstaatentreffen. Ansonsten beschränkte sich die Mission im UNO-Bereich weitgehend auf die Wahrnehmung der Routinetätigkeiten und auf die notwendige Pflege der Beziehungen.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Liechtenstein hatte im ersten Halbjahr 2007 den EFTA-Vorsitz in Genf inne. Die Wahrnehmung der EFTA-Agenden stellte in dieser Periode den Schwerpunkt der Tätigkeiten der Mission dar. Die EFTA-Aktivitäten in Genf konzentrieren sich auf die EFTA-Drittlandbeziehungen, d.h. im Wesentlichen auf den Abschluss, die Weiterentwicklung und die Verwaltung von Freihandelsabkommen. Ziel ist es, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können sowie die Diskriminierung im Marktzutritt gegenüber ihren Konkurrenten, z.B. aus den EU-Staaten, zu vermeiden.

Am 28./29. Juni 2007 fand zum dritten Mal nach 2001 und 2005 ein EFTA-Ministertreffen in Vaduz statt. Das Treffen wurde von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck geleitet. Die EFTA-MinisterInnen trafen gleichzeitig auch mit dem EFTA-Parlamentarier- sowie mit dem EFTA-Konsultativkomitee zusammen. Das Treffen wurde durch die Feier mit einer kanadischen Delegation über den Abschluss der Freihandelsverhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und Kanada aufgewertet. Zudem unterzeichneten die EFTA-MinisterInnen mit ihrem mongolischen Amtskollegen eine Zusammenarbeitserklärung. In der Berichtsperiode fanden weitere informelle Ministertreffen am 27. Januar 2007 anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos sowie am 3. Dezember 2007 in Genf statt. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 3. Dezember 2007 in Genf unterzeichneten die MinisterInnen ein Verständigungsprotokoll bezüglich der Schaffung einer gemeinsamen Studiengruppe EFTA-Russland. Die Studiengruppe wird bis Ende 2008 eine Machbarkeitsstudie über ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Russland erstellen. Die MinisterInnen trafen sich am 3. Dezember 2007 ebenfalls mit dem EFTA-Parlamentarierkomitee. Liechtenstein war an sämtlichen vorgenannten Treffen jeweils durch Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten.

Am 1. Januar 2007 trat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Libanon in Kraft. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 27. Januar 2007 in Davos konnte das Freihandelsabkommen mit Ägypten unterzeichnet werden. Das Freihandelsabkommen EFTA-Ägypten trat ebenfalls noch im Berichtsjahr – nämlich am 1. August 2007 – in Kraft. Es wird erwartet, dass beide vorerwähnten Freihandelsabkommen namhafte Vorteile für die liechtensteinische Wirtschaft bringen werden. Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA- und den SACU-Staaten (Zollunion des südlichen Afrikas, bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swaziland) wurde von allen EFTA-Staaten und teilweise von den SACU-Staaten ratifiziert und dem Depositarstaat notifiziert. Da jedoch von Seiten der SACU-Staaten noch Ratifikationsinstrumente ausstehend sind, konnten das Freihandelsabkommen und die dazugehörenden bilateralen Landwirtschaftsabkommen noch nicht in Kraft treten.

Mit Kolumbien, Peru und Algerien wurden im Berichtsjahr 2007 die Verhandlungen über Freihandelsabkommen lanciert. Mit Peru und Kolumbien fanden vom 4.-8. Juni 2007 in Bogota, vom 27.-31. August 2007 in Lima und vom 28. Oktober – 3. November 2007 in Genf bereits drei Verhandlungsrunden statt. Mit Algerien fand die erste Verhandlungsrunde vom 19.-21. November 2007 in Algier statt. Die Verhandlungen mit Algerien werden EFTA-seitig von Botschafter Norbert Frick geleitet. Im Weiteren fand vom 13.-15. November 2007 die vierte Verhandlungsrunde zwischen den EFTA-Staaten und den Staaten des Golfkooperationsrates (GCC) in Riad statt.

Der strategische Schwerpunkt der EFTA-Staaten liegt neu in Asien. Mit Thailand fand aufgrund der politischen Lage im Berichtsjahr keine weitere Verhandlungsrunde statt. Mit Indonesien konnte die in der gemeinsamen Machbarkeitsstudie empfohlene Aufnahme von Freihandelsverhandlungen noch nicht umgesetzt werden. Anfang 2007 wurde jedoch mit Indonesien eine gemeinsame Arbeitsgruppe Handel und Investitionen geschaffen, welche sich im Oktober 2007 in Indonesien zu einer ersten Sitzung traf. Im Dezember 2007 schlossen die EFTA-Staaten mit Indien eine gemeinsame Machbarkeitsstudie über den Abschluss eines Freihandelsabkommens ab. Die Studie empfahl die baldige Aufnahme von Freihandelsverhandlungen. Die Lancierung der Verhandlungen ist für Anfang 2008 geplant. Weitere Hauptzielländer in Asien sind Japan und China, mit welchen die verschiedenen EFTA-Staaten derzeit in bilateralen Prozessen involviert sind. Mit Malaysia bestehen ebenfalls Kontakte bezüglich einer Machbarkeitsstudie. Mit Pakistan fand zudem ein Informationstreffen statt.

Im Weiteren fanden im Berichtsjahr informelle Treffen mit der Ukraine statt, mit welcher ebenfalls Freihandelsverhandlungen aufgenommen werden sollen, sobald die Ukraine ihre Verhandlungen über den WTO-Beitritt abgeschlossen hat. Mit Serbien fanden zudem technische Gespräche hinsichtlich der Aufnahme von Freihandelsverhandlungen im Jahr 2008 statt.

Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiter entwickelt. In diesem Jahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse statt mit den Freihandelspartnern Marokko, Jordanien, Singapur, Tunesien sowie mit Albanien und Algerien (noch unter den Zusammenarbeitserklärungen). Mit Albanien wurden die Modalitäten zwecks Aufnahme von Freihandelsverhandlungen im Jahr 2008 diskutiert. Allgemein fanden im Berichtsjahr zahlreiche Expertentreffen statt, v.a. auch im Zusammenhang mit laufenden Verhandlungsrunden.

An den Treffen der EFTA-ParlamentarierInnen im Jahre 2007 war Liechtenstein in verschiedener Zusammensetzung durch die Landtagsabgeordneten Adrian Gstöhl, Henrik Caduff, Franz Heeb und Roland Büchel vertreten. Josef Beck als Vertreter der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie Sigi Langenbahn als Vertreter des liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes nahmen an Treffen des EFTA-Konsultativkomitees, einem Forum der Sozialpartner, teil.

Im Weiteren fanden die üblichen regelmässigen Treffen auf der Ebene der BotschafterInnen und StellvertreterInnen (Deputies) in Genf statt. Die zuständigen MitarbeiterInnen der Mission nahmen zudem jeweils an den Treffen des EFTA-Drittlandkomitees und des EFTA-Budgetkomitees (unter der Leitung von Ministerin Doris Frick) teil.

Welthandelsorganisation (WTO)

Im Mittelpunkt der WTO-Arbeit der Ständigen Mission stand auch im vergangenen Jahr nach wie vor die laufende Doha-Welthandelsrunde. Im November 2001 wurde in Doha/Katar eine neue WTO-Welthandelsliberalisierungsrunde lanciert. Die seither laufenden Verhandlungen in Genf haben sich als sehr zäh erwiesen. Nachdem die Verhandlungsrunde im Jahr 2006 sogar für einige Monate suspendiert worden war, wurden die Verhandlungen Anfang 2007 wieder aufgenommen. Hauptproblem für rasche Verhandlungsfortschritte waren dabei vorerst wiederum die Agrarverhandlungen, dann aber auch die Verhandlungsbereiche Güter und Dienstleistungen. In keinem dieser oder anderer Verhandlungsbereiche konnten genügend Fortschritte für den Verhandlungsabschluss erzielt werden.

Liechtenstein versucht im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten zum Erfolg der Doha-Runde beizutragen. Im Dienstleistungsbereich hat Liechtenstein im vergangenen Jahr aufgrund von Forderungen anderer WTO-Mitgliedstaaten weitere Liberalisierungen angeboten.

Die vorrangige Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO) besteht in der schrittweisen Liberalisierung des Welthandels. Inhalt der derzeit suspendierten Welthandelsrunde ist demzufolge die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks. Diese Zielsetzungen und Verhandlungsinhalte sind grundsätzlich alle im Interesse Liechtensteins. Als Kleinstaat ist Liechtenstein nicht nur auf den Zugang zu den Weltmärkten, sondern auch auf verlässliche Spielregeln und auf durchsetzbares Recht im Welthandel angewiesen, beispielsweise auf einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus. Bei den Agrarverhandlungen gehört Liechtenstein – u.a. zusammen mit den anderen drei EFTA-Staaten – der Gruppe der 10 (bestehend aus: Japan, Südkorea, Taiwan, Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz, Mauritius, Israel (Bulgarien ist per 1.1.2007 der EU beigetreten) an, welche sich vor allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt. Sprecherin der Gruppe ist die Schweiz.

Bei der Gründung des GATT – vor 60 Jahren – sassen 23 Vertragsparteien am Tisch, alles Industrienationen. Nachdem Toga im Jahr 2007 WTO-Mitglied wurde, sind es nun total 151 Mitglieder. Entscheide können nur im Konsens gefällt werden, was Teil der ganzen Problematik ist.

Im Übrigen nahm der Ständige Vertreter an den üblichen Sitzungen des WTO-Rats teil.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Vor allem aufgrund der beschränkten Personalressourcen musste die Mission der Mitarbeit in den Gremien der UNO sowie in anderen internationalen Organisationen in der Vergangenheit nachgeordnete Priorität einräumen. Die Ständige Mission in Genf beschränkte sich in der Regel auf die Wahrnehmung von unerlässlichen Konferenzen, von Routinetätigkeiten sowie von Verpflich-

tungen, die Liechtenstein aus der Mitgliedschaft bei der UNO und deren Spezialorganisationen und Sonderorganen mit Sitz in Genf erwachsen.

Nach der Schaffung des UNO-Menschenrechtsrates im Jahr 2006 musste diesem Umstand in organisatorischer und personeller Hinsicht seitens Liechtensteins Rechnung getragen werden, da der Bereich Menschenrechte zu den Schwerpunkten der liechtensteinischen Aussenpolitik gehört. Die Betreuung des Menschenrechtsrates stellte im vergangenen Jahr die zentrale Tätigkeit der Mission im Rahmen der UNO dar. Im Berichtsjahr war eine Mitarbeiterin hauptsächlich in diesem Bereich tätig und wurde während den Sessionen punktuell von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Ständigen Mission New York resp. des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt. Im Berichtsjahr fanden drei Sessionen (jeweils über zwei oder drei Wochen) sowie zwei Sondersessionen des Rates zur Menschenrechtslage in Darfur und Burma statt. In der ersten Jahreshälfte wurden vom Rat insbesondere seine künftige Tagesordnung, Kompetenzen und Arbeitsmethoden sowie die Modalitäten eines Mechanismus zur Beurteilung der Menschenrechtslage in allen UNO-Mitgliedsländern verhandelt. Ausserdem wurden das Individualbeschwerdeverfahren und der Expertenausschuss reformiert. Ausserhalb der formellen Sitzungen des Rates nahm die Mission auch an den regelmässig stattfindenden Treffen der WEOG-Gruppe (besteht aus den westeuropäischen EU-Mitgliedern, den JUSCANZ-Staaten (mit Ausnahme Südkoreas) und der Türkei) und der JUSCANZ-Staaten (Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Island, Schweiz, Liechtenstein, Südkorea, Andorra und San Marino) sowie an zahlreichen informellen Verhandlungs- und Konsultationssitzungen teil.

Die Mission beteiligte sich im Berichtsjahr am 11. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, an dem fünf Mitglieder des Expertenausschusses gegen Folter gewählt wurden. Zudem vertrat sie Liechtenstein in verschiedenen Abrüstungskonferenzen. Dazu zählten die Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW), die 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll II (Landminenprotokoll) sowie die 1. Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll V (Kriegsmunitionsrückstände). Liechtenstein unterstützte dabei insbesondere die Bemühungen, der CCW-Konferenz ein Mandat zur Ausarbeitung eines verbindlichen Vertrags über ein Verbot von Streumunition zu erteilen.

Im Berichtsjahr nahm die Mission auch an der 30. Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes und der Rotkreuzgesellschaften teil.
Zu den Aktivitäten des Ständigen Vertreters und seiner Mitarbeiterinnen gehörte schliesslich die Teilnahme an zahlreichen gesellschaftlichen Anlässen.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) ist in der Berichtsperiode im gewohnten Rahmen abgelaufen. Zu Beginn des Jahres fand ein trilaterales Treffen zur Ratifikation des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der IAEO über die Anwendung von Sicherungsmassnahmen im Rahmen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen statt.

Konferenzen
Die liechtensteinische Vertretung nahm im Jahr 2007 an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission, der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege sowie der Internationalen Atomenergiebehörde teil. Zahlreiche Vorbereitungs- und Arbeitssitzungen, insbesondere im Hinblick auf das Forum gegen Menschenhandel im Jahr 2008, wurden von der Ständigen Vertretung wahrgenommen.

Des Weiteren nahm die Vertretung in Wien an der Internationalen Streumunitionskonferenz in Wien teil. Bei der Konferenz handelte es sich um eine Folgekonferenz zu dem im Februar 2007 abgehaltenen Treffen in Oslo, bei dem ein Prozess zur Ausarbeitung eines rechtlich verbindlichen Instruments über das Verbot von Streumunition lanciert wurde.

Liechtensteinische Beiträge
Die Kontakte mit verschiedenen Stellen der UNODC in Wien waren aufgrund der liechtensteinischen Beitragsleistungen aus den Geldern eines Suchtmitteldeliktsfalls regelmässig und eng. Diese Unterstützung kommt insbesondere UNODC-Aktivitäten im Bereich der Geldwäscherei, der Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenanbaus in Afghanistan über einen vierjährigen Zeitrahmen zugute.

Zusätzlich finanziert Liechtenstein ab 2007 für zwei Jahre die Stelle eines sogenannten «associate expert» in der Abteilung Globales Programm gegen Geldwäsche (GPML) des UNODC. Diese Stelle konnte im Oktober mit einer Liechtensteinerin besetzt werden.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Wie in den Vorjahren nahm die Ständige Vertretung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien aktiv an den Beratungen der zahlreichen Gremien der OSZE teil. Die Zusammenarbeit Liechtensteins war schwerpunktmässig auf institutionelle Fragen, die Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens sowie den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet. In diesen Themenbereichen engagierte sich Liechtenstein auch finanziell mit freiwilligen Beiträgen an zahlreichen Aktivitäten der OSZE. Die Zusammenarbeit in der OSZE gab der Ständigen Vertretung abermals Gelegenheit, die Beziehungen zu den anderen 55 Teilnehmerstaaten bei der OSZE weiterzuentwickeln. Insbesondere hervorzuheben ist dabei die enge Zusammenarbeit der liechtensteinischen Delegation in der sogenannten Gruppe der Like Minded Countries (Kanada, Schweiz, Norwegen und Island) und im Rahmen des regelmässigen Gedankenaustausches mit Vertretern der EU, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Spanien im Vorsitz 2007
Die OSZE stand 2007 unter spanischem Vorsitz. Die OSZE-Führungstroika setzte sich damit zusammen aus den OSZE-Teilnehmerstaaten Belgien, Spanien und dem Vorsitzland Finnland für das Jahr 2008.

15. Ministerrat in Madrid, Spanien
Zentrales Ereignis in der OSZE war die Vorbereitung und Abhaltung des 15. OSZE-Ministerrates am 29. und 30. November in Madrid. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck leitete die liechtensteinische Delegation. In ihrer Rede sprach sie die Herausforderungen, vor der die OSZE steht, die Arbeiten zur OSZE-Reform und die zentrale Bedeutung der Beachtung der Grundfreiheiten und der Menschenrechte in allen OSZE-Teilnehmerstaaten an. Die Minister fassten Beschlüsse in den Bereichen Sicherheitskooperation, OSZE-Engagement in Afghanistan, Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung des Menschenhandels, sexuelle Ausbeutung von Kindern und Toleranz und Nichtdiskriminierung. Ausserdem legte der Minsterrat fest, welche Teilnehmerstaaten in den Jahren 2009-2010 den Vorsitz in der OSZE übernehmen werden.

Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension in Warschau, Polen
Beim jährlichen OSZE-Überprüfungstreffen zur Menschlichen Dimension in Warschau im Oktober war Liechtenstein durch den Gesandten Günter Frommelt, Stellvertretender Missionsleiter der Vertretung in Wien, an der Eröffnung und zur Arbeitssession zu den Themen Intoleranz, Diskriminierung, Förderung des Respekts und der gegenseitigen Verständigung vertreten. Der liechtensteinische Vertreter informierte die OSZE-Teilnehmerstaaten über die Entwicklungen in Liechtenstein zu diesen Themenbereichen und stellte den Bericht der liechtensteinischen Regierung mit dem Titel «Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein» vor.

Konferenz über Intoleranz und Diskriminierung in Córdoba
Am 9. und 10. Oktober führte der spanische OSZE-Vorsitz in Fortsetzung des Schwerpunkts der OSZE in diesem Bereich eine Konferenz über Intoleranz und Diskriminierung von Muslimen durch. Liechtenstein war durch Hans Peter Walch, Leiter des Ausländer- und Passamts, an dieser Konferenz in Córdoba vertreten.

Finanzielle Beitragsleistungen für den OSZE-Raum
Im Rahmen freiwilliger Beiträge unterstützte Liechtenstein über die Vertretung in Wien erneut diverse Projekte und Programme der OSZE in den Bereichen Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung, Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Rechte von Frauen, Bekämpfung des Menschenhandels, Training für OSZE-Wahlbeobachter und Unterstützung von OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Entsorgung von alten Waffenbeständen.

STIFTUNG

Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED)

Präsidentin: Marie Louise Eberle (bis 30.9.2007)
Präsident: Josef Biedermann (ab 1.10.2007)
Geschäftsführer: Dr. Rudolf Batliner

Auch im Jahr 2007 stand die Bearbeitung, Betreuung und Kontrolle der Projekte in Afrika und Lateinamerika im Mittelpunkt der Tätigkeit von Stiftungsrat und Geschäftsstelle. Zudem lief die Projektarbeit in Moldau an und es wurde mit Kirgistan ein weiteres Schwerpunktland im Osten bestimmt. In Bezug auf Mitarbeitende im Ausland war das Jahr 2007 ein Rekordjahr: 15 Personen leisteten 170 Monate Einsatz.

Die Besuche von Regierungschef Otmar Hasler in Kenia und Mosambik und Aussenministerin Rita Kieber-Beck in Äthiopien verliefen reibungslos. Erneut waren es gut genutzte Gelegenheiten, den politisch Verantwortlichen die Arbeit des LED näher zu bringen.

Das Afrika-Fäscht mit dem TAK, das zu einer Afrikareihe erweitert wurde, war neben den beiden Ausgaben von «Blickwechsel» der sichtbarste Auftritt des LED in der Öffentlichkeit. Die MicroFinance Initiative Liechtenstein sprach mit zwei gut besuchten Veranstaltungen gezielt die Wirtschaftswelt an.

Stiftungsrat, Geschäftsstelle, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Stiftungsrat

Im Berichtsjahr war der Stiftungsrat folgendermassen zusammengesetzt:

Mitglied	Bestellungsorgan
Eberle Marie Louise, Triesenberg, Präsidentin	Regierung
Josef Biedermann, Planken, Präsident (seit 1.10.)	Regierung
Lic. Lorenz Jehle, Schaan, Vizepräsident	Regierung
Melanie Konrad, Triesenberg	Regierung
Lic. Andreas Gstöhl, Vaduz	Regierung
Dr. Manfred Oehry, Ruggell	Regierung
Mag. Brigitte Batliner, Vaduz	Verein Welt und Heimat
Gerda Bicker, Triesen	Verein Welt u nd Heimat
Dr. Marxer Marianne, Vaduz	Liechtensteinisches Rotes Kreuz
Ernst Vedana, Schaan	Liecht. Industrie und Handelskammer

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu zehn Sitzungen, deren Beschlüsse protokolliert sind. Ausserdem hatte er im September eine Klausurtagung. Das Leitungsteam, bestehend aus der(m) Präsidentin(en), dem Vize-Präsidenten, dem Geschäftsführer und der Sachbearbeiterin für Finanzen, hatte 10 Sitzungen.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle war mit folgenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen besetzt:

– Dr. Rudolf Batliner, Geschäftsführer und Sachbearbeiter Lateinamerika (70%)
– Ute Mayer, Sachbearbeiterin für Afrika und Öffentlichkeitsarbeit (100%)
– Tamara Büchel, Sachbearbeiterin Finanzen und Sekretariat (80%)
– Pius Frick, Sachbearbeiter für Osteuropa und Asien, MicroFinance Initiative Liechtenstein und die EDV (100%)

Zur Struktur des LED gehören auch die drei Aussenstellen in Harare, Cochabamba und Chisinau. Letztere wurde im Berichtsjahr eröffnet.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Die Kosten für die Fachleute und Praktikanten/-innen im Ausland beliefen sich auf CHF 848'658. Folgende Fachleute waren im Einsatz:

– Dr. Heinz Frick, Architekt, 1.1.1999 - 31.12.2007, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Dozent und Fachbuchautor für ökologisches Bauen
– Roman Dudler, Primarlehrer, 1.3.2003 - 31.12.2007, Costa Rica, ICER, Förderung von Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen den fünf Radioschulen in Zentralamerika
– Nicole Matt, Bankfachfrau, 1.10.2006 – 30.6.2009, Beraterin für Marketing an der Radioschule in Costa Rica, ab 2008 Beraterin für MicroFinance-Institutionen in Cusco, Peru
– Kurt Künzle, Elektro-Telematiker, 1.7.2004 - 31.12.2007, Nicaragua, Berufsschule INATEC, Aufbau der Elektroabteilung.
– Johanna Sele-Forster, Kindergärtnerin, 1.10. 2004 - 30.4.2008, Tansania, Adilisha, Unterstützung der Organisation bei der Erarbeitung von Lehrunterlagen für Elternbildung, Kurse für «Life Skills» für Jugendliche und Memory-books (Familienchroniken) für HIV-positive Familien.
– Markus Forster, Schreiner und Sozialarbeiter, 1.10.2004 - 30.4.2008, Tansania, Kivulini, HIV/Aidsprävention und Unterstützung der Frauenrechtsorganisation bei einkommensschaffenden Tätigkeiten
– Marion Plüss, Hotelfachfrau, 1.8.2005 - 31.7.2008, Bolivien, CEDESCO, Aufbau der Hotellerie für ein Bildungs- und Tagungszentrum und Ausbildung des Personals.
– Nicole Bolomey, Landschaftsarchitektin, 1.3.2006 – 28.2.2009, Indien, Regionalbüro UNESCO, Beratung beim Schutz von historisch wertvollen Naturdenkmälern.
– Peter Ritter, Maschinenbauingenieur, 1.5.2006 – 30.4.2009, Tansania, Water for the Third World, Berater für die Förderung von angepassten Bewässerungstechnologien.
– Sarafina Ritter, Kaufm. Angestellte, 1.10.2006 – 30.4.2009, Tansania, WEETU, Beraterin für den Aufbau der lokalen NGO im Bereich Rehabilitation von Primarschulen und Vergabe von Stipendien.
– Yos Suprapto, Berater für Umweltfragen, 1.1.2006 – 31.12.2007, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Übersetzung der Fachbücher von Heinz Frick von Indonesisch auf Englisch
– Markus Sprenger, Architekt, 1.1.2007 – 31.12.2008, Bau von Radio Humura und der Radioschule in Kigoma, Tansania
– Geanni Ramos, Lehrerin, 1.1. – 31.12.2007, Pädagogische Beraterin für die Radioschule in Kigoma, Tansania
– Dr. Deo Baribwegure, 1.1.2007 – 31.12. 2008, Direktor von Radio Humura und der Radioschule in Kigoma, Tansania
– Phuong Pham Chi, 1.9.2007 – 31.8.2010, Projektleiterin Berufsbildungsprojekt Moldau und Verteterin des LED

Im Jahr 2007 absolvierten 9 Personen ein Praktikum und leisteten 22 Monate Einsatz: Patricia Oehri in Indonesien, Fabian Sprenger in Nepal, Kathrin Pichler in Namibia, Lisa Fischer in Burkina Faso, Sabine Wachter, Wolfgang Wohlwend und Christian Goop in Peru, Stefanie Thöny in Costa Rica, Stefan Bürzle in Nicaragua. Tragischerweise verstarb Christian Goop während seines Praktikums.

Liechtensteiner Missionare

Im Jahr 2007 wirkten folgende liechtensteinische Ordensleute in Afrika und Südamerika:

– Sr. Rebecca Frick in Moro, Peru
– Br. Stefan Frommelt in Umtata, Eastern Cape, Südafrika
– Sr. Leoni Hasler in Tsumeb, Namibia
– P. Josef Oehri in Lubango, Angola

Öffentlichkeitsarbeit

Das Afrika-Fäscht beim TAK am 8.9. war sehr gut besucht. Erstmals produzierte der LED seinen eigenen Kalender «Solidarisches Liechtenstein». Die 400 Exemplare waren im Nu vergriffen.

Der LED verdoppelte 102 Aktionen von Schulen, Vereinen, Sternsingern, Firmlingen, Firmen usw. Der an Projekte überwiesene Betrag betrug CHF 1338'806. Der LED hat dazu CHF 581320 beigesteuert.

Projekte und Finanzen

Finanzen: Der LED verfügte im Jahr 2007 über ein ordentliches Budget von CHF 13740000.

Die Stiftung Medicor Liechtenstein stellte für Grossprojekte CHF 2370430 bereit, die Hilti Familien Stiftung CHF 180093.

PROJEKTLISTE 2007

2007_1	Diverse Beiträge (insgesamt 31 Kleinprojekte CHF bis 25000)	520476
2007_2	Verdoppelungen (Eingang 757486 aus 102 Aktionen)	581320

Grossprojekte: Im Einzelnen wurden vom Stiftungsrat folgende Projekte und Programme genehmigt:

No.	Dauer	Land	Name	Betrag CHF
101	2005/07	Bolivien	OCCA: Berufliche Aus- und Weiterbildung im Barrio Plan 3000	138 382
102	2007/09	Bolivien	Berufsbildungszentrum CETA - Ausbildung für Frauen	150 750
103	2006/07	Bolivien	CIMES: Wechselseitige Krankenkasse in Sucre und Umgebung	91 480
104	2007/08	Bolivien	Umweltgerechte Entsorgung von Spitalsabfällen (M)	360 000
105	2006/08	Bolivien	Entsendung von Fachleuten	128 000
106	2007/10	Bolivien	Frauenbildungszentrum Granja Hogar	104 000
107	2006/08	Bolivien	Landesprogramm Bolivien Bildung und Gesundheit	70 000
108	2006/09	Bolivien	CEFOI: Löhne für das Bildungszentrum	22 633
109	2007/08	Bolivien	CIDEM, Frauenleben ohne innerfamiliäre u. sexuelle Gewalt	124 907
111	2007/08	Bolivien	Umweltbildung an den Schulen von San Ignacio	47 400
112	2007/09	Bolivien	ASONGS, Spielend aufwachsen	78 965
113	2006/07	Bolivien	CIMES: Ausrüstung des Spitals CIMES	101 754
121	2007/09	Peru	Tarea: Institutionelle Unterstützung	200 000
121	2007/09	Peru	Tarea - Projektausweitung: Kauf eines Geländewagens	38 618
122	2007/09	Peru	EDUCA, Verbesserung der Bildung an staatlichen Schulen	200 000
123	2007/09	Peru	EDUVIDA - Bildung für ein gesundes Leben	169 000
124	2007/09	Peru	Moro 2008	259 237
125	2005/07	Peru	Landwirtschaftsmodul Moro	257 208
126	2006/10	Peru	Stärkung von Microfinance-Institutionen im Hochland von Peru	361 941
129	2005/08	Peru	Ausbildung von zweisprachigen, interkulturellen Lehrpersonen	79 841
132	2007	Peru	Netz von Kleinkinos Chasqui	26 000
133	2007/10	Peru	ICT und Lernnetzwerke in der Lehrerweiterbildung	195 404
134	2007	Peru	Erziehung für den Frieden in einer interkulturellen Umgebung	91 524
135	2007	Peru	Wiederaufbau von Schulen (M)	58 250
141	2005/07	Nicaragua	INATEC - Stärkung der praktischen Ausbildung	60 000
147	2007	Nicaragua	Entwicklung des Naturschutzgebietes Khaka Creek	158 616
163	2005/07	Costa Rica	Institutionelle Unterstützung ICER	225 000
166	2006	Brasilien	Hospital for Face Surgery (M)	115 860
201	2005/07	Mozambique	Cabo Delgado Health Support	500 000
203	2007	Mozambique	Machanga Distrikt Wiederaufbauhilfe Flutkatastrophe (M)	121 750

No.	Dauer	Land	Name	Betrag CHF
204	2005/07	Mozambique	Hilfe auf kommunaler Ebene für Aids-Waisen	197 267
205	2007	Mozambique	Unterhaltskonzept Chiure	281 600
206	2005/08	Mozambique	Gesunde Dörfer in Südsofala	453 360
207	2005/08	Mozambique	Gesunde Dörfer in Südsofala (M)	238 837
208	2007/08	Mozambique	Water for Life (M)	1 064 830
211	2008/10	Mozambique	Aids-Programm Chiure SMART II	537 453
223	2004/07	Zimbabwe	Frauenzentrum Lupane	140 517
224	2007/09	Zimbabwe	Ausbildungsprogramm und Bewässerung	181 131
225	2007/09	Zimbabwe	Safire - Bewässerungsprojekt	263 861
241	2007/08	Sambia	Ausbildung von Gesundheitspersonal auf Districtebene	103 254
242	2007/09	Sambia	KARA Choma, Aidsprogramm in der Südprovinz von Sambia	208 000
244	2007/09	Sambia	PAF - Bildungszentren in der Südprovinz von Sambia	130 903
245	2004/07	Sambia	SAPEP - Aids-Präventionsprogramm	96 815
272	2007	südl. Afrika	Zimbabwe/Lesotho - SMART HIV-Behandlung (M)	330 000
276	2005/07	Kenia	Internetplattform für ökolog. Kontrolle von Pflanzenschädlingen	154 570
277	2006/09	Tansania	Komunalradio Humura	199 557
278	2006/09	Tansania	Radioschule Masomo Nyumbani	208 320
279	2007	Tansania	Pädagogische Beraterin für Radioschule Masomo Nyumbani	35 450
301	2005/08	Burkina Faso	Förderung beruflicher Kompetenzen	364 800
302	2005/07	Burkina Faso	Gesundheit und Ernährung für Mutter und Kind	212 193
305	2005/07	Burkina Faso	Entwicklungsprogramm Burkina Faso	444 190
321	2007/09	Mali	Biolog. Landwirtschaft, Wasser und Siedlungshygiene	700 000
322	2005/07	Mali	Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft	91 872
323	2007/09	Mali	Unterstützung der Milchproduktion und -vermarktung	66 000
326	2007/10	Mali	Landwirtschaftliche Diversifizierung	375 000
327	2007	Mali	Studie über die Armuts-Determinanten Mali	70 760
332	2007/08	Niger	Bessere Chancen für arbeitslose Jugendliche	399 000
341	2007/09	Senegal	Ländliche Entwicklung in Senegal	705 149
402	2007/08	Moldau	Integrative Bildung	101 492
403	2007	Moldau	Lehrbücher und Testzentren für Auszubildende	22 100
404	2007	Moldau	Unterkunft für Mutter und Kind im Gefängnisspital	128 000
405	2007/09	Moldau	Stärkung der Berufsbildung in Moldau	385 235
406	2007	Moldau	Pro Didactica: Institutionelle Unterstützung	54 986
472	2007/09	Rumänien	Bildung für Kinder marginalisierter Bevölkerungsgruppen	30 000
491	2007	Afghanistan	Stromversorgung für fünf Schulen und ein Waisenhaus	50 000
499	2007	global	Millennium Institute: Betriebskapital/internationale Verankerung	200 000
501	2006/07	Indonesien	Übersetzung ökologisches Bauen	15 000
				13 778 021

Evaluationen: Im Berichtsjahr wurden drei Projekte im Auftrag des LED mit insgesamt positiven Berichten extern evaluiert.

Projektbesuche: Im Berichtsjahr wurden sieben Projektreisen durchgeführt, bei zwei davon waren mit Regierungschef Hasler und Aussenministerin Kieber-Beck Regierungsmitglieder dabei. An drei Reisen nahm jeweils ein Mitglied des Stiftungsrates teil. Alle Projektreisen verliefen ohne besondere Zwischenfälle und zeigten einmal mehr, wie wichtig der persönliche Kontakt ist.